

**UNIA**



**DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.**

**work**

**Stahlharter Erfolg: Büezer und Gewerkschaften überzeugen Parlament. Seite 6**

# So streikt die Welt

**Das grosse work-Dossier** Seiten 12-13



FOTOS: GETTY IMAGES / ADOBE / ISTOCK (2) / MANU FRIEDERICH / MONTAGE TNT-GRAPHICS

## **SVP gegen Arztgeheimnis**

Nationalrätin Diana Gutjahr will in den Krankengeschichten ihrer Büezerinnen und Büezer schnüffeln. Seite 14

## **Jawohl, kämpfen lohnt sich!**

Lauter gute Nachrichten auf Seite 3

## **Die Zärtlichkeit der Völker**

Solidar Suisse setzt sich mit 80 Projekten auf 5 Kontinenten für faire Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Mitbestimmung ein. Eine Solidar-Spende ist auch ein solidarisches und sinnvolles Geschenk. Seiten 18-19



**workedito**  
Anne-Sophie Zbinden

## VÖLLIG LOSGELÖST

«Völlig losgelöst, von der Erde ...», so der Ohrwurm «Major Tom» aus den 1980er Jahren von Peter Schilling. Sich in der Schweiz für linke und gewerkschaftliche Anliegen einzusetzen fühlt sich manchmal an wie freischwebend im All oder wie ein wilder Ritt auf der Milchstrasse. Zum

**Vielleicht sind ja die Bürgerlichen völlig losgelöst. Von jeglichem Respekt.**

Beispiel bei den argumentativen Kapriolen der Bürgerlichen gegen den Erhalt von Industriearbeitsplätzen und die Förderung

klimafreundlicher Kreislaufwirtschaft (Seite 6). Oder fürs Erhöhen der ohnehin schon horrenden Gesundheitskosten für chronisch Kranke, ältere Menschen und Menschen mit kleinem Budget (Seite 5).

**SCHWEIGEN.** Doch vielleicht ist es gerade umgekehrt. Vielleicht sind ja die Bürgerlichen völlig losgelöst. Von jeglichem Respekt. So möchte SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr gänzlich enthemmt in den Krankenakten ihrer Angestellten blättern und Gutjahrsche Diagnosen stellen (Seite 14). Andere benehmen sich völlig losgelöst von ihrer realen Verantwortung. So die Chefs des Schweizer Schuhkonzerns Rieker. In ihrer Fabrik in Tunesien führen Streiks zu Entlassungen und Verhaftungen. Doch der Konzern schweigt dazu. Auf die work-Anfrage antwortet niemand. Die Zeit vor Weihnachten sei ungünstig (Seite 7).

**REISEN.** Doch es gibt auch Good News (und davon haben wir übrigens gleich vier in dieser Nummer, auf Seite 3): Búezerinnen und Búezer kämpfen nicht völlig losgelöst voneinander. Zum Beispiel jene von Gerlafingen. Sie sind definitiv auf der gleichen Umlaufbahn wie die Stahlarbeiterinnen und -arbeiter von Steeltec. Sie zeigten dies, indem sie an einem bitterkalten Samstag solidarisch an eine Protestaktion nach Luzern reisten (Seite 6).

**STREIKEN.** Auf dem ganzen Planeten setzen sich mutige Arbeiterinnen und Arbeiter für ihre Rechte ein. Viele der weltweit bestreikten Konzerne haben global klingende Namen: Audi (Streik in Mexiko), Tesla (Streik in Schweden), Nestlé (in Kanada), Novartis (in Österreich), DHL (in Australien) oder Samsung (in Südkorea und Indien). Und überall auf der Welt fordern die Lohnabhängigen reale Lohnerhöhungen, bessere Renten, Gewerkschaftsrechte und anständige Arbeitsbedingungen.

**FLIEGEN.** So zum Beispiel die Synchronsprecherinnen in Hollywood. Sie forderten höhere Löhne und einen besseren Schutz vor künstlicher Intelligenz. Oder die «Schrotter» der Recyclingfirma SRW Metalfloat in Deutschland. Ein halbes Jahr lang verharrten sie im Streik, weil sie einen GAV wollten – nichts mehr, aber auch nichts weniger. Oder die Pflgenden in Malawi. Sie legten im ganzen Land die Arbeit nieder und forderten von der Regierung mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Präsident Lazarus Chakwera aber, völlig losgelöst, flog auf die Bahamas an ein internationales Bankentreffen.

# Trotz Fake-Zahlen und Mini-Ja: Frauen müssen länger arbeiten Bundesgericht schützt den Renten-Klau an Frauen

**Mit kreuzfalschen Zahlen haben der Bundesrat, SVP, FDP, GLP und Mitte ein Mini-Ja zum Rentenklau an den Frauen erreicht. Das Bundesgericht findet das mehrheitlich ganz okay.**

CLEMENS STUDER

Am Schluss ging es um gerade mal 31 195 von insgesamt 2 853 987 abgegebenen Stimmen. Mit diesem Mini-Ja kam die AHV-21-Vorlage durch, mit der den Frauen ein ganzes Rentenjahr geklaut wurde. Ausschlaggebend dabei – neben dem leeren Versprechen einer geschlechtergerechten BVG-Reform – die Fake-Zahlen des Bundes. Damit wurde die AHV um Milliarden Franken schlechter gerechnet, als es der Wirklichkeit entspricht. Das haben die Gewerkschaften immer kritisiert. Allerdings bis zum vergangenen Frühling vergeblich. Erst diesen Sommer – und

**«Das Urteil hinterlässt Enttäuschung und viele Fragen.»**

UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA

nach der AHV-13-Abstimmung – gab das Bundesamt für Sozialversicherungen endlich zu: Der AHV geht es um 14 (!) Milliarden Franken besser als behauptet. Doch genau mit diesen Zahlen machten der Bundesrat und die rechten Parteien SVP, FDP, GLP und Mitte Stimmung für die Erhöhung des Frauenrentenalters. Trotz dieser mit viel Geld betriebenen Fake-Zahlen-Kampagne reichte es nur für ein Mini-Ja. Darum haben die SP-Frauen und die Grünen beim Bundesgericht Beschwerden gegen das Abstimmungsergebnis eingereicht.

**DAS SAGTEN DIE RICHTERINNEN**

Erfolglos, wie sich nun zeigte: Die I. öffentlich-rechtliche Abteilung des Bundesgerichts lehnte die Beschwerden ab. Die Meinungen der einzelnen Richterinnen und Richter ganz kurz:

GLP-Richter Stephan Haag sah in den Fake-Zahlen gar kein Problem und wollte gar nicht erst auf die Beschwerden eintreten.



MITTENDRIN: Unia-Präsidentin Vania Alleva (2. v.l.) mit Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone, SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer und SP-Nationalrätin Tamara Funicello (v.l.). FOTO: THIERRY PORCHET

FDP-Richter François Chaix sah keine «krasse Verletzung der Informationspflicht», wollte auf die Beschwerde eintreten und sie ablehnen. Mehr oder weniger stark rügten Marie-Claire Pont Veuthey (Mitte), Tanja Petrik-Haltiner (SP) und Lorenz Kneubühler (SP) die grob falschen Zahlen. Aber auch sie gewichteten die «Rechtssicherheit» höher als die Irreführung der Stimmenden.

**ALLEVA: «SCHWERER SCHLAG»**

Nach der Bekanntgabe des Urteils machten vor dem Bundesgericht gewerkschaftliche Aktivistinnen ihrem Ärger lautstark Luft. Unia-Präsidentin Vania Alleva sagte: «Das Urteil hinterlässt Enttäuschung und viele Fragen. Zwar macht die Rüge Mängel sichtbar, aber leider ohne Konsequenz.» Und, so Alleva weiter: «Diese Entscheidung ist ein schwerer Schlag für die Frauen in der Schweiz. Denn Tatsache bleibt: Frauen werden um ein ganzes Jahr Rente betrogen. Und das in einem System, das sie ohnehin schon benachteiligt. Frauen erhalten heute durchschnittlich deutlich tiefere Renten als Männer – nicht weil sie weniger arbeiten, sondern weil ihre Arbeit schlechter be-

zahlt wird und weil sie oft die unbezahlte Care-Arbeit tragen. Statt diese Ungerechtigkeit zu beheben, wurde mit der Erhöhung des Rentenalters auf 65 einseitig auf ihrem Rücken gepart.»

**ENDLICH BESSERE FRAUENRENTEN**

Das Urteil des Bundesgerichts ist bitter. Bitter, weil es im Klartext bedeutet, dass die Frauen für die falschen Zahlen des Bundes bestraft werden – mit einem Jahr weniger Rente. Bitter, weil die Mehrheit der Richtenden mehr oder weniger klar den bundesrätlichen Umgang mit den Zahlen rügten, aber trotzdem «Rechtssicherheit» über Gerechtigkeit stellten.

Doch der Kampf um gerechtere Frauenrenten geht weiter. Jetzt erst recht. Unia-Präsidentin Alleva sagt es so: «Es braucht Lösungen, welche die Frauenrenten substantiell verbessern. Dafür werden wir uns als Gewerkschaft, aber auch in Bündnissen mit allen Verbündeten weiterhin engagieren. Denn eines ist klar: Statt einer Erhöhung des Rentenalters brauchen wir endlich bessere Frauenrenten! Wir kämpfen weiter für Gerechtigkeit und höhere Renten für Frauen!»



Sandra Künzi lebt und bügelt in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. Sie war freiwillige, nicht ganz unabhängige Beobachterin des Wahlkampfes in den USA. Direkt aus dem Schweizer Wohnzimmer.

## Künzi wählt Metall

Ich liebe Heavy Metal. Und am liebsten laut! Schagge ist super, aber sie hat keine Ahnung von Musik. «Heavy Metal isch doch Schrott!» sagt sie. «Hey, ohne Schrott keine Schweizer Stahlindustrie!» Sie hat nicht schlecht gestaunt, dass ich so parat war. Ein Bekannter von mir arbeitet nämlich im Stahlwerk, und der hat mir gesagt: «Wir verarbeiten im Fall jedes Jahr 700 000 Tonnen Stahlschrott!» Dabei schaute er mir so tief in die Augen, dass ich weiche Knie bekam.

**TEUFEL.** Schagge findet es komisch, dass ich auf harte Metall-Typen stehe. Aber es gefällt mir halt, wenn ein Mann jährlich 700 000 Tonnen Stahlschrott verarbeitet. Also ich fänd's auch super, wenn eine Frau 700 000 Tonnen Stahlschrott verarbeitet. Ich glaub, es ist vor allem das viele Metall, das mir gefällt. Hey, alle Baustellen (alle!) brauchen Stahl, und zwar nicht zu wenig. Und gebaut wird ja die ganze Zeit, oder? Umso besser, wenn man den Stahl quasi vor der Haustür hat und nicht von weiss der Teufel woher importieren muss, oder? Green Steel, heisst das. Das wär auch noch ein guter Bandname!

**TRUMP.** Schagge sammelte unsere alten Pfannen und kaputten Zelt-Heringe und

alles, was irgendwie metallig aussah, und sagte: «Ab uf Gerlafinge!» Ich hatte jetzt nicht das Gefühl, dass unsere 700 Gramm Altschrott dort gebraucht würden, aber Schagge liess sich nicht von der Idee abbringen, dass wir die Genossen auf dem Schrottplatz unterstützen müssen. Als wir dort ankamen, wollten die unseren Schrott tatsächlich nicht. «Warum denn nicht?» fragte Schagge enttäuscht. «Wegen Trump!» sagte der Genosse Stahlarbeiter. Ich dachte: Nicht der schon wieder! Als Trump im Jahr 2018 weniger Importe aus der EU zuließ wegen der amerikanischen Stahlbonzen, machte das die EU natürlich hässig, und sie erschwerte die Importe für Stahl aus Nicht-EU-Ländern. Und päng, die Schweiz ist Nicht-EU, und jetzt können wir nicht mehr so viel exportieren.

**TÜUFELI.** Wir haben unsere Pfännli wieder eingepackt und dem Stahlarbeiter die Hand geschüttelt. Ist schon schlimm genug, dass das Tüufeli wiederauf-erstanden ist mit seinem Rüebli-Face, aber dass der jetzt auch noch unseren Schrott beeinflusst, das ist der Gipfel. Wobei sein Rüebli-Face vielleicht bald blass wird. Die Schweizer Firma, die seinen orangen Verputz in China produzieren liess, ist Konkurs. Schagge wusste jetzt nicht, ob das wegen Importzöllen ist. Ich auch nicht. Vielleicht hat Trump drum ein Parfum rausgegeben?

Auf der Rückfahrt von Gerlafingen hörten wir im Auto Heavy Metal und schrien rum. Ich klopfte noch mit einem Hering auf eine Pfanne, und Schagge head-bangte über dem Steuerrad. Manchmal hilft nur noch Heavy Metal.

IN WEIHNACHTSSTIMMUNG: Krzysztof Orzeł reist mit dem erkämpften Geld über die Festtage zu seiner Familie nach Polen. FOTO: STEPHAN BÖSCH



**Good News**

Temporärbude zwackt Kinderzulagen ab – Geld dank Unia zurück

# «Endlich habe ich das Geld für meine Familie!»

**Rund 15 000 Franken steckt ein Firmen-Chef ein, statt sie Krzysztof Orzeł als Familiengeld ausbezahlen. Doch das lässt sich der Plattenleger nicht bieten und macht mächtig Dampf.**

IWAN SCHAUWECKER

Krzysztof Orzeł (41) arbeitet als Plättileger in der Ostschweiz, macht Böden und Küchen für Einfamilienhäuser. Selber lebt Orzeł in einer kleinen Wohnung in Walzenhausen AR, weit weg von seiner Familie. Zu Weihnachten wird er für einen Monat zu seiner Frau und den drei Kindern nach Polen zurückkehren. Er sagt: «Die Geschenke habe ich noch nicht gekauft, aber wenigstens habe ich jetzt endlich das Geld, um meine Familie zu unterstützen!»

**ES IST KOMPLIZIERT**

Vor ein paar Wochen hat Orzeł die Kinderzulagen eines Jahres, das fehlende Feriengeld und den letzten Monatslohn von seinem früheren Arbeitgeber erhalten. Mehr als 15 000 Franken auf einen

Schlag. Aber es war kein Bonus für solide Arbeit, sondern das Geld, das der Personalverleih Atempo Personal AG in Baar ZG abgezackt hatte. Plattenleger Orzeł arbeitete zuvor in Österreich und war noch nicht vertraut mit dem Schweizer System. Er merkte bald: Es ist kompliziert. So werden zum Beispiel die Kinderzulagen nicht direkt den Arbeitnehmenden bezahlt, sondern über die kantonalen Ausgleichskassen an die Arbeitgeber.

**FAMILIENZULAGEN FÜR FERIEEN DES CHEFS?**

Nach ein paar Monaten wurde Orzeł ungeduldig. Er sagt: «Ich habe bei der Zuger Ausgleichskasse nachgefragt, und die hat mir gesagt, dass sie die Familienzulagen schon längst ausbezahlt hätte.» Beim Chef der Atempo habe er dann nur zu hören bekommen:

**Erst mit dem Beistand der Unia kam die Sache ins Rollen.**

«Mach keinen Stress!» Orzeł schaute sich auf Facebook die Ferienbilder der Atempo-Chefs an und fragte sich: Zahlt er das mit meinen Kinderzulagen?

Irek Holdowanski arbeitet als Unia-Sekretär für die Region Ostschweiz-Grau-

bünden. Er sagt: «Viele Leute wissen nicht, was sie in einer solchen Situation machen können. Und sie kennen die Druckmittel nicht.» Holdowanski unterstützte Orzeł beim Ausfüllen des Formulars zuhanden des Betreibungsamts. Doch der Arbeitgeber reagierte weiterhin nicht auf die Drohung mit der Betreibung.

**SOLIDARISCH MIT GERLAFINGEN**

Erst nach einer schriftlichen Drohung und mit dem Beistand der Unia kam die Sache dann doch noch ins Rollen: Die Atempo Personal AG überwies das fehlende Geld innert Wochenfrist auf das Konto von Plättileger Orzeł. Dieser hat in der Zwischenzeit einen neuen Arbeitgeber gefunden. Er sagt: «Seit ich bei der Unia bin, habe ich auch keine Angst mehr.» Als guter Buezer wolle er auch fair behandelt werden.

Orzeł setzt sich auch für Kollegen in anderen Branchen ein. Zusammen mit Unia-Mann Holdowanski reiste er sogar aus der Ostschweiz zur Demo bei Stahl Gerlafingen (work berichtete: [rebrand.ly/demo-gerlafingen](https://rebrand.ly/demo-gerlafingen)).

Die nächste Reise führt Orzeł jetzt aber zuerst ans Weihnachtsfest mit seiner Familie in Polen.

## Lohnrunde 2024 Demos mit Wirkung

**Good News**

**Real mehr Lohn auf dem Konto: Darüber können sich Buezer und Buezerinnen in vielen Branchen und Betrieben freuen.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

«Höchste Zeit für höhere Löhne!» Das forderten über 15 000 Arbeitnehmende aus allen Branchen und Landesteilen am 21. September in Bern. Die Situation war ernst. Seit 2021 sanken in der Schweiz die Reallöhne. Doch durch Lohnmobilisierungen und kollektive Verhandlungen hat sich das Blatt nun in einigen Branchen gewendet. So zum Beispiel im Gewerbe: Dort sind die Lohnerhöhungen mehrheitlich generell und deutlich über der Teuerung, so dass die Beschäftigten tatsächlich mehr Geld im Portemonnaie haben. Bei den Schreinerinnen und Schreibern etwa beträgt die Erhöhung 65 Franken generell und 35 Franken individuell sowie 2 Prozent auf die Mindestlöhne. In der Elektrobranche sind es plus 2 Pro-



**KRAFTVOLL: Die diesjährige Lohndemo in Bern.** FOTO: MANU FRIEDERICH

zent (davon 1 Prozent generell) auf die Effektivlöhne. Beim GAV Gebäudehülle steigen die Löhne generell um 70 Franken, die Mindestlöhne um 0,8 bis 1,2 Prozent. Im Isoliergewerbe beträgt die generelle Lohnerhöhung 60 Franken und bei den Mindestlöhnen 7 bis 8,5 Prozent.

Erfreuliches auch vom Bau: Die Löhne steigen, und die Frührente ist gesichert. Die Effektiv- sowie die Mindestlöhne steigen pro Januar 2025 generell um 1,4 Prozent. Das entspricht im Schnitt 85 Franken. Im GAV für den Gerüstbau ist der automatische Teuerungsausgleich bis 1,5 Prozent verankert. Und es gibt für die kommenden zwei Jahre Realloohnerhöhungen von je 0,5 Prozent.

**COOP KNAUSERT**

In der Industrie sind die Lohnresultate unterschiedlich, obschon es den Unternehmen mehrheitlich gut geht. In der Uhrenindustrie steigen die Löhne für alle Beschäftigten mit 1,1 Prozent oder 65 Franken im Umfang der Teuerung. Ein erfreuliches Resultat mit einer generellen Lohnerhöhung von 2,5 Prozent gibt es in der MEM-Industrie bei Rockwell Automation Switzerland GmbH. Im GAV Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) steigen die Mindestlöhne um 0,6 Prozent. Bei Fenaco hingegen scheiterten die Lohnverhandlungen: Der Agrarkonzern war nur zu einer individuellen Lohnerhöhung von 1 Prozent bereit. Und Coop lässt die Reallöhne schrumpfen, obwohl sich der Detailhändler nach längerem Hin und Her zu einer Erhöhung um 1 Prozent generell für das dem Coop-GAV unterstellte Personal durchrang. Doch genau das zeigt den Teufelskreis auf: Zwar heben die Arbeitgeber die Löhne immer mal wieder ein wenig an. Aber fast nie in einem Ausmass, das mit der Teuerung mithalten könnte.

**HÖHERE LÖHNE FÜR COIFFEUSEN**

Substantielle Verbesserung gab es hingegen bei den Mindestlöhnen. Im Bäcker-, Konditoren- und Confiserie-GAV wurden die Mindestlöhne um 4,1 bis 7,7 Prozent angehoben. Die Mindestlöhne der Coiffeusen steigen um 2 Prozent. Die Mindestlöhne im GAV Personalverleih um 2,1 Prozent.

Ladenöffnungszeiten in St. Gallen: Das Volk entscheidet

## Linkes Referendum gegen Shoppingwahn

**Die Turbo-Lädeler im St. Galler Kantonsparlament wollen die Läden von 5 bis 22 Uhr öffnen. Doch die Ratslinke setzte ein Referendum durch, jetzt darf das Volk entscheiden. Denn klar ist: Länger öffnen, das macht nur Bauchweh.**

DARIJA KNEŽEVIĆ

Der Vorschlag der bürgerlichen Mehrheit im St. Galler Kantonsparlament ist absurd: Die Läden im ganzen Kanton sollen unter der Woche von 5 Uhr morgens bis 22 Uhr abends offen sein. Samstags bis 18 Uhr. Von SVP bis Mitte begrüsst die Parlamentsmitglieder dieses Vorhaben. Doch sie haben die Rechnung ohne die Linke gemacht, die ein Ratsreferendum gegen den Turbo-Lädeler-Vorschlag eingereicht hat.

Anfang Dezember hat der Kantonsrat dann darüber abgestimmt. Florian Kobler, Leiter GAV-Vollzug der Unia in St. Gallen, war als Kantonsrat vor Ort: «Es war fast schon genüsslich mitanzusehen, wie sich die Bürgerlichen gegenseitig die Köpfe einschlugen. Es gibt auch bürgerliche



**NICHTS GESCHENKT: Bürgerliche wollen Nonstop-Ladenöffnungszeiten.** FOTO: KEY

Vertreter des Detailhandels, die sich gegen die Ausweitung wehren.» Einzelne Parlamentarier machten sich weiterhin stark für die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten. Ihr trümmiges Argument: Es wäre ja nur eine Option für die Läden. Ob sie dann wirklich so lange geöffnet haben, sei ihnen selbst überlassen. Keinen Gedanken hingegen verschwanden die Bürgerlichen daran, was diese Änderung für die Verkäuferinnen und Verkäufer bedeuten würde. work hingegen hat nachgefragt.

Noah Stettler\* (25) arbeitet als stellvertretender Filialleiter in einem

Sportgeschäft in der Stadt St. Gallen. Für ihn ist es jetzt schon schwierig, Berufs- und Privatleben unter einen Hut zu bringen. «Ich und mein Team arbeiten unter grossem Druck. Teilweise sollen wir nur zu zweit im ganzen Laden bedienen – den ganzen Tag», sagt er.

**SCHLUSS MIT PRIVATLEBEN**

Der Gedanke an noch längere Ladenöffnungszeiten bereitet ihm Bauchschmerzen: «Meine Freundin arbeitet auch im Verkauf, und so hätten wir noch weniger Zeit zusammen. Dieser Job kostet mich jetzt schon viel von meinem Privatleben.» An den freien Tagen sei er zu erschöpft, um irgendetwas zu unternehmen. Das sei gerade jetzt rund um die Weihnachtszeit noch extremer. Für Stettler ist wichtig zu betonen: «Jetzt schon erleben wir im Verkauf immer weniger Wertschätzung. Werden die Öffnungszeiten länger, schwindet auch immer mehr der Respekt vor uns.»

Doch zum Glück hat das Parlament das Ratsreferendum knapp an-

\* Name geändert

## Genf: Geschlossene Läden am 4. Advent

Arbeiten statt den vierten Advent vor dem Adventskranz verbringen? Das drohte dem Verkaufspersonal aus der Stadt Genf. Der 22. Dezember sollte ein Verkaufssonntag werden. Das Wirtschafts- und Arbeitsministerium wollte eine allgemeine Öffnung der Geschäfte an diesem Tag genehmigen. Doch die Gewerkschaften Unia und SIT haben vor der Verwaltungskammer des Gerichtshofs erfolgreich dagegen geklagt. Das Gericht stellte fest: Diese Genehmigung würde gegen das Ladenschlussgesetz sowie das Bundesgesetz über die Arbeit verstossen. (dak)

**Good News**

**Good News**

# Gewerkschaften gegen Saudi-WM

BRÜSSEL/ZÜRICH. Der Internationale Gewerkschaftsbund kritisiert die Vergabe der Männerfussball-WM an Saudi-Arabien scharf. Damit lege die Fifa «den Grundstein für eine massive Verletzung der Gewerkschaftsrechte im Namen des Profits für einige wenige». Arbeiterinnen und Arbeiter würden «extremen Gefahren» ausgesetzt, da das Königreich die Vereinigungsfreiheit missachte. Laut Amnesty International droht Kritikern gar die Todesstrafe. Allein 2024 seien schon 200 Menschen geköpft worden – ein Höchststand seit 1990.

## Wirte wollen wieder verhandeln

ZÜRICH. Viel brauchte es nie, bis Casimir Platzer der Kragen platzte. Vor fünf Jahren reichte schon eine Unterschriftensammlung der Unia und der Syna für kantonale Mindestlöhne. Die Reaktion des damaligen Oberbeizers: Totalblockade der Verhandlungen für einen neuen L-GAV.



OBERBEIZER: Beat Imhof. FOTO: KEYSTONE

Von solchen Übungen hält der neue Gastrosuisse-Präsident, Beat Imhof, wenig: «Mit Blockaden gibt es nichts zu gewinnen», sagte er dem «Tages-Anzeiger». Die aktuelle Situation sei «schlecht» fürs Image. Er aber wolle junge Menschen wieder für die Branche begeistern – und deshalb ab Neujahr zurück an den Verhandlungstisch.

## Paket-Pöstler in Streiklaune

ZÜRICH. Rund um den Black Friday haben Pöstlerinnen und Pöstler in Zürich Oerlikon, Burgdorf BE und Courtaman FR Protestaktionen durchgeführt. Grund sind Überstundenmarathons, 11-Stunden-Schichten und drastischer Personalmangel. Viele langjährige Mitarbeitende haben offenbar aus Frust gekündigt. In Oerlikon ist man jetzt sogar zum Äussersten bereit: «Die Situation bei uns ist extrem heftig. Wenn nichts passiert, dann braucht es einen Streik», so ein Pöstler zu «20 Minuten». Laut der Gewerkschaft Syndicom haben 90 Prozent der Belegschaft eine Petition zur Einhaltung der 42-Stunden-Woche unterschrieben.

## Beleidigung des DB-Cargo-Personals

MUTTENZ BL. Kurz vor Weihnachten und ohne Vorankündigung setzt DB Cargo Schweiz in Muttenz 9 von 40 Mitarbeitenden vor die Tür, darunter zwei Mitglieder der Arbeitnehmervertretung. Und dies laut Gewerkschaft SEV ohne gute Gründe, denn für die wegfallenden Aufträge seien schon längst neue akquiriert. Ausserdem sei das Güterbahunternehmen extra knapp unter der Schwelle von 10 Entlassungen geblieben. Denn sonst wäre ein Konsultationsverfahren obligatorisch geworden. Präsident Matthias Hartwich schäumt vor Wut: «Das ist arglistig und eine Beleidigung des Personals!» Es gehe nur darum, die Stammbesatzung durch billigere Temporäre zu ersetzen.

# workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

## Martin Mauritius Ebners Rückkehr in die Industrie



MASCHINEN, MILLIARDEN, MACHT: Martin Ebner kauft sich bei Georg Fischer ein. FOTO: KEYSTONE/MONTAGE: WORK

Bankier Martin Mauritius Ebner (79) war Prediger des Volksaktionariats und gefürchteter Investor. Im Wallis machten er und sein enger Freund Christoph Blocher traumhafte Gewinne mit dem Kauf und der Aufspaltung der Alusuisse-Lonza. Nach dem Börsencrash ums Jahr 2000 konnte Ebner seine Privatbank jedoch nur noch mit 150 Blocher-Millionen retten. Inzwischen spielt der Schwyzer wieder selbständig in der Liga der Milliardäre. Und er interessiert sich auch wieder für Schweizer Industriefirmen. So kaufte er 2018 mit seiner Beteiligungsgesellschaft den Werkzeug-

maschinenhersteller United Grinding Group (UGG). Jetzt soll das Geschäft mit den Schleif- und Fräsmaschinen ausgeweitet werden. Denn Ebner und seine Investorenclique wollen sich die Maschinenbauparte von Georg Fischer schnappen (GF Machining Solutions, früher Agie Charmilles). Mit dem Zukauf entstünde der grösste Schweizer Werkzeugmaschinenproduzent – mit etwa 2500 Beschäftigten in der Schweiz und 6000 weltweit. Neben der Produktion von hochpräzisen Maschinen haben die UGG und die GF Machining Solutions noch eine Gemeinsamkeit: Beide Firmen produzieren Dual-Use-Güter, die neben zivilen Zwecken auch zur Rüstungsgüterproduktion verwendet werden können.

**Beide Firmen stellen Güter her, die auch zur Rüstungsproduktion verwendet werden können.**

Weiterlesen auf workzeitung.ch  
rebrand.ly/georgfischer

## Solarbude verurteilt: 10 Mille für Monteur!

Es war ein Blitzprozess, der sich jüngst vor dem Bezirksgericht Mönchwil TG abspielte! Angeklagt war die St. Galler Photovoltaik-Bude Viva Solar von David Zlatkovic (28). Etliche Angestellte werfen ihm Abzocke, Misswirtschaft und krumme Geschäfte vor. So auch Monteur Bruno Pereira. Ihm hatte Zlatkovic willkürlich 4800 Franken vom Lohn abgezogen und 111 Überstunden nicht bezahlt. Schon nach elf Minuten hatte die Richterin genug gehört. Dies, weil der Beschuldigte nicht aufgekreuzt war. Schon die Schlichtungsverhandlung hatte er sausen lassen. Dazu Anke Gähme, Regioleiterin der Unia Ostschweiz-Graubünden: «Es ist traurig, wenn jemand seine Energie darauf verwendet, Arbeitnehmer zu betrügen, dann aber nicht mal die Eier hat, persönlich beim Gerichtsprozess vorbeizukommen.» Immerhin: Gebracht hat's ihm nichts. Laut Urteil muss Zlatkovic den Lohnabzug zurückzahlen, die Überstunden vergüten und eine Entschädigung blechen. Damit winken dem Monteur fast 10000 Franken. Das Problem: Zlatkovic scheint abgetaucht, das Firmenbüro ist verwaist!

Weiterlesen auf workzeitung.ch  
rebrand.ly/viva-urteil

## Gossau will mehr Kontrollen

Auf der grössten Baustelle der Stadt Gossau SG ist eine Eisenlegerfirma tätig, die schon mehrfach des Lohndumpings überführt wurde. Das enthüllte work im September. Darauf forderte SP-Politiker und Unia-Mann Florian Kobler Antworten von der Re-



STREIKBEREIT: 100 000 VW-Büezerinnen und -Büezer gehen in Wolfsburg auf die Strasse. FOTO: KEYSTONE

## 100 000 am Warnstreik bei VW

Arbeitgeberverbände, Medien, Banken und Politiker überschlagen sich derzeit mit Alarmmeldungen zu VW. So wollen sie ihre Angriffe auf die sozialen Fortschritte der letzten Jahrzehnte begründen. Nach der Aufkündigung der Tarifverträge plant der Volkswagen-Konzern die Streichung von 10000 Jobs, die Senkung aller Löhne und die Schlies-

gierung als Bauherrin. Resultat: Heute sei die Firma sauber, der Verdacht auf Schwarzarbeit habe sich nicht erhärtet. Wie sie zu diesem Schluss kam, will die Regierung «aus ermittlungstechnischen Gründen» nicht verraten. Allerdings würde sie es «begrüssen», wenn der Kanton mehr unangekündigte Schwarzarbeitskontrollen durchführte.

Weiterlesen auf workzeitung.ch  
rebrand.ly/gossau

sung von drei Fabriken. Doch die Mitarbeitenden und die Gewerkschaft IG Metall wollen sich das nicht bieten lassen. Mit einem Warnstreik von 100000 Mitarbeitenden steigen sie in die vierte Verhandlungsrunde.

Weiterlesen auf workzeitung.ch  
rebrand.ly/warnstreik

## Gericht schützt Zürcher Hungerlöhne

Zwei Drittel der Winterthurer und sogar fast 70 Prozent der Zürcherinnen haben Ja gesagt zu städtischen Mindestlöhnen. Doch der Gewerbeverband unter Mitte-Nationalrätin Nicole Barandun akzeptierte die überdeutlichen Volksentscheide nicht und legte Rekurs ein. Der Bezirksrat erteilte der Hungerlohn-Koalition zwar eine Abfuhr, doch zog diese weiter ans Verwaltungsgericht – und traf dort auf Verbündete. Die

## So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch) im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

mehrheitlich bürgerlich besetzte Kammer erklärte kommunale Mindestlöhne für ungesetzlich. Jetzt müssen die Städte bis vor Bundesgericht.

Weiterlesen auf workzeitung.ch  
rebrand.ly/rechterichter

## Warum Männer Täter werden

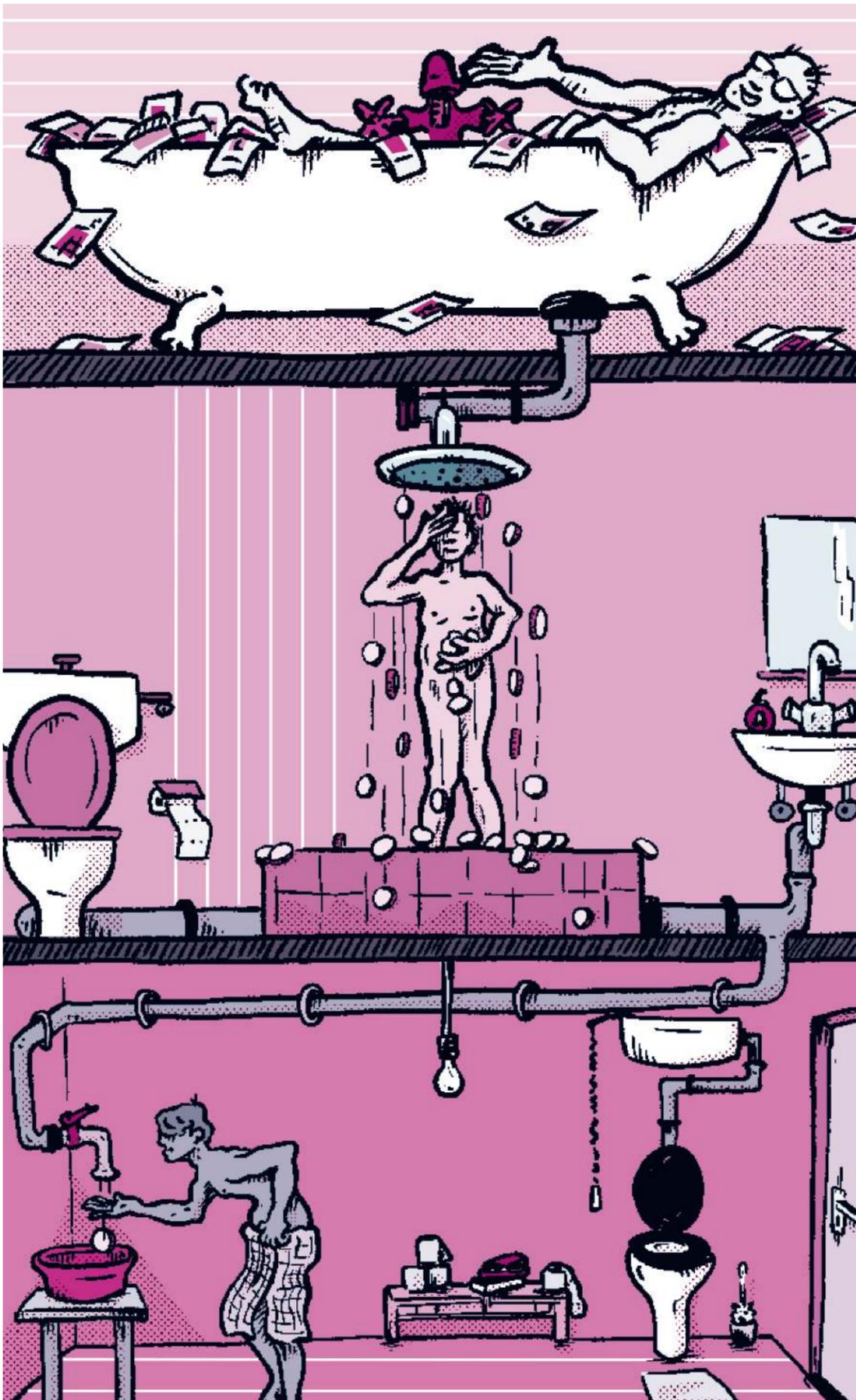
In der Schweiz wird alle zwei Wochen eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet, und jede Woche überlebt eine weitere einen Mordversuch. Um die Mechanismen dahinter zu verstehen, besuchten Miriam Suter und Natalia Widla für ihr neues Buch «Niemals aus Liebe» Gerichtsverhandlungen, sprachen mit Tätern und führten Interviews mit Expertinnen aus Justiz, Psychologie und Soziologie.

Weiterlesen auf workzeitung.ch  
rebrand.ly/taeter

## Anti-Sexismus triggert Trolls

Im Sommer startete die Unia eine Online-Kampagne zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Auf Facebook führte das zu hitzigen Diskussionen. Weil die ersten Interaktionen von Männern ausgingen, glaubte der Algorithmus, dass besonders Männer am Thema interessiert seien – und spielte das Video dann extra an diese Zielgruppe aus. Es war der Beginn einer Troll-Kommentarflut. Diese hat Social-Media-Redaktorin Julia Neukomm jetzt sezziert.

Weiterlesen auf workzeitung.ch  
rebrand.ly/troll-flut



**VOODOO-ÖKONOMIE:** Bürgerliche Ökonomen behaupten hartnäckig, dass dank dem «Trickle-down-Effekt» vom wachsenden Reichtum der Reichen auch die Ärmern profitieren, weil mehr Brösmeli (oder eben Wasser) für sie übrigbleibt. Daran glauben unterdessen nicht einmal mehr die Weltbank und der Internationale Währungsfonds so richtig. ILLUSTRATION: NAVID THÜRAUF / ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Das Bundesparlament macht weiter,  
als wäre nichts passiert

# Büezer, Bonzen, Bundesbudget

Die 300 Reichsten in der Schweiz sind im vergangenen Jahr 4,8 Prozent reicher geworden. Die Mehrheit im Land hat real weniger im Sack als vor drei Jahren. Und im Bundeshaus verteilt die bürgerliche Mehrheit munter weiter um von unten nach oben.

CLEMENS STUDER

«Denn die einen sind im Dunkeln /  
Und die andern sind im Licht. /  
Und man siehet die im Lichte /  
Die im Dunkeln sieht man nicht.»

So reimte Bertolt Brecht 1928 für seine «Dreigroschenoper». 96 Jahre später schreibt das Wirtschaftsmagazin «Bilanz» «Rekord: 152 Milliarden» über seine diesjährige Rangliste der «300 Reichsten». Seit 1989 erscheint diese Fleissarbeit, zuerst mit den 100, dann mit den 250 und seit 1999 mit den 300 Reichsten. Als das Reichsten-Ranking zum ersten Mal erschien, besaßen diese zusammen 66 Milliarden Franken. Heute besitzen alleine die zwei reichsten in der Schweiz lebenden Clans mehr Vermögen als damals alle 100 Reichsten zusammen. Die «goldene Bilanz» ist Jahr für Jahr eine ebenso unterhaltsame wie erhellende Lektüre. Erhellend auch darum, weil es 99,99967 Prozent der in der Schweiz lebenden Menschen nie darauf schaffen werden. Das entspricht etwa der Wahrscheinlichkeit, keinen Sechser im Schweizer Zahlenlotto zu gewinnen. A propos Glücksspiel: Die Mehrheit auf der Reichstenliste hatte einfach Glück im Geburtslotto. Oder beim Spekulieren. Die wenigsten Vermögen sind erarbeitet. Um fast 5 Prozent hat das Vermögen der Reichsten zugenommen auf den absoluten Rekordwert von 833,5 Milliarden Franken.

## POLITIK FÜR REICHE

Dem reichsten Prozent der Schweizer Steuerzahlenden gehört unterdessen fast die Hälfte der Reinvermögen. Vor 20 Jahren lag dieser Anteil noch bei rund 35 Prozent. Die 10 Prozent Reichsten im Land besitzen mehr als die übrigen 90 Prozent. 22 Prozent der Steuerpflichtigen besitzen gar nichts oder sind netto verschuldet. 30 Prozent haben ein Vermögen zwischen 0 und 50 000 Franken. Reiche und Superreiche

## Als würden Kapitalbesitzer Arbeitsplätze schaffen und nicht, um ihr Kapital zu vermehren.

sind also eine verschwindende Mehrheit. Aber eine sehr einflussreiche. Für sie machen die bürgerlichen Parteien Politik. Im Bund, in den Kantonen und in den Gemeinden. Studien gehen davon aus, dass mindestens ein Fünftel der wachsenden Vermögensungleichheit auf die Steuer- und Abgabepolitik zurückzuführen ist. Denn wenn zum Beispiel die Unternehmenssteuern gesenkt werden, profitieren nicht «die Unternehmen», sondern ihre Besitzerinnen und Besitzer.

## POLITIK-MÄRCHEN

Wer diese Fakten nennen oder gar etwas gegen die laufende Re-Feudalisierung der Schweiz unternehmen will, dem wird der Kampfbegriff «Neid-Debatte» um die Ohren geschlagen. Aktuell gerade wieder in der völlig hysterischen Diskussion um die Juso-Erbschaftsinitiative. Die Reichen und Superreichen werden zu Opfern gemacht. Schliesslich – so ein weiteres Märchen – sind die Reichen reich, weil sie «so viel leisten» und/oder «so viel Verantwortung tragen». Darum müssten die übrigen 99 Prozent ganz besonders gut zu ihnen schauen. Weil – und noch so ein Standardsatz aus dem bürgerlichen Gebetsbuch –: «Sie schaffen Arbeitsplätze.» Ganz so, als würden Kapitalbesitzer Arbeitsplätze als Dienstleistung für die Gesellschaft schaffen und nicht deswegen, um ihr Kapital zu vermehren. Was sie aber nur können, wenn Lohnabhängige Mehrwert schaffen.

Gerne verbreiten bürgerliche Politiker auch den sinnfreien Singspruch: Wenn's den Reichen gut geht, geht's allen gut, weil von ih-

rem Tisch ja auch Brösmeli fallen, die nicht fallen würden, würden die Reichen ihren Tisch woanders hinstellen. Der sogenannte Trickle-down-Effekt ist längst widerlegt – und trotzdem nicht totzukriegen. Als genauso langlebig erweist sich der Zirkelschluss: Wer viel verdient, hat viel geleistet. Weil: Sonst würde er ja nicht so viel verdienen.

## WAR 2024 EIN JAHR DER WENDE?

Das zu Ende gehende Jahr gibt dabei auch Anlass zur Hoffnung, dass die rechten Märchen nicht mehr so einfach wie bisher zum Erfolg an der Urne führen. Mit dem Ja zur 13. AHV-Rente haben sich die Stimmenden für die Stärkung der solidarischen AHV ausgesprochen. Mit den Nein zur BVG-Reform und zu den Mietrechtsänderungen der Finanzlobby und den Immobilien-Haien eine Abfuhr erteilt. Das scheint daraufhin zu deuten, dass die Menschen zunehmend ihre eigene Lebenswirklichkeit über die leeren Versprechen der Reichen und ihrer politischen Vertreterinnen und Vertreter stellen. Die Kaufkraft schwindet bis weit hinein in die Mittelschicht, und die Aufstiegsversprechen werden immer unrealistischer.

## TAUBES BUNDESPARLAMENT

Noch stellt sich die bürgerliche Mehrheit im Bundeshaus taub. Und macht weiter mit der Umverteilungspolitik von unten nach oben. Ein paar Beispiele von vielen aus den letzten Wochen und der Budgetdebatte, die nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe zu Ende geht:

- Die 13. AHV-Rente soll einzig via eine unsoziale Mehrwertsteuererhöhung finanziert werden statt über Lohnprozente. Der Anteil des Bundes soll sinken.

- Das Steuersparvehikel der Reichen – die Säule 3a – wir weiter privilegiert. Geld, das der Staat den Reichen und Vermögenden schenkt: 600 Millionen Franken im Jahr.

- Die Mindestfranchise bei den Krankenkassen soll erhöht werden. Dabei bezahlen wir in der Schweiz bereits heute an die Gesundheitskosten mehr aus dem eigenen Sack als in allen anderen OECD-Ländern. Wen trifft die Erhöhung der Mindestfranchisen, die SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr (siehe auch Seite 14) angestossen hat? Es sind ältere Menschen, es sind chronisch kranke Menschen, und es sind Menschen mit kleinem Budget, die sich eine hohe Franchise nicht leisten können. Laut dem Schweizerischen Gesundheitsobservatorium (Obsan) gehen bereits heute rund fünfzehn Prozent der Menschen nicht oder zu spät zu einer Ärztin oder einem Arzt, weil sie Angst haben, dass sie die Rechnung nachher nicht bezahlen können.

- Massiv mehr Geld gib't dafür für die Armee. Obwohl die gar keine belastbaren Beschaffungspläne hat. Und obwohl das VBS in den vergangenen Jahrzehnten kaum einen Kugelschreiber unfallfrei beschaffen konnte.

## UND JETZT?

Die bürgerliche Mehrheit in Bundesrat und Bundesparlament wird sich auch im kommenden Jahr nicht freiwillig mässigen. Das bedeutet für die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien ein weiteres Jahr Abwehrkämpfe. Gleichzeitig müssen Ausbauprojekte etwa bei den Gesundheitskosten und bei den Renten angeschoben werden. Doch das abgelaufene Jahr zeigt, dass Erfolge möglich sind. Denn die bürgerlichen Wirtschaftsmythen entzaubern sich für immer mehr Haushalte immer offensichtlicher. Oder, wie es seit 1934 in Brechts (vermeintlichem Kinder-)Alphabet steht:

«Reicher Mann und armer Mann /  
Standen da und sahn sich an. /  
Und der Arme sagte bleich: /  
Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.»



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

## Laura und der Sonntag

Jetzt ist es endlich auch bei uns so weit! Wir sind am Sonntag geöffnet! Premiere! Die Freude ist riesig, und dieser Entscheid bringt unseren Arbeitsrhythmus wieder ins Lot! Als kleiner



Laura mal laut

Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

Quartierladen werden wir bestimmt den Umsatz des Jahres machen! Darauf haben wir das ganze Jahr gewartet! Okay, genug Sarkasmus.

**STRESSMONAT.** Nein, niemand freut sich. Und einen grossen Umsatz erwarten wir auch nicht. Aber am Sonntag wird der Laden geputzt, ein Putztag ist angesagt. Ich muss dieses Mal nicht antraben, aber meine Gspänli, die an diesem Tag arbeiten müssen, sind wenig begeistert. Verständlich. Da hilft das Sonntagszulage-Trösterli wenig. Viele

### Stress haben wir das ganze Jahr mehr als genug, nicht wahr?

haben sonst schon keinen fixen freien Tag, und die abwechselnden Schichten machen es fast unmöglich, irgendwelchen Hobbys nachzugehen. Und jetzt fällt auch noch der Sonntag weg. Ja, es mag jetzt nur ein Sonntag sein. Aber was wird nächstes Jahr und dann übernächstes Jahr? Nein, nein, nein. Das wollen wir nicht. Wir wollen nicht, dass der Dezember in Zukunft zum Stressmonat des Jahres wird. Stress haben wir das ganze Jahr mehr als genug, nicht wahr?

**WAHNSINN.** Zufälle gibt's: In dem Moment, in dem ich über die Sonntage sinniere, rennt mein Kind in die Stube und will unbedingt am Sonntag Kleider kaufen gehen. So fängt's an. Mein Kind hat das irgendwo aufgeschnappt und will jetzt auch dabei sein. Dabeisein ist cool. Das lassen wir mal schön bleiben. Mich am Sonntag mit vollen Einkaufstaschen durch die Stadt zu kämpfen ist weder erholsam für mich noch für mein Portemonnaie. Und den Sonntags-Shopping-Wahn möchte ich sicher nicht unterstützen. Die gemeinsame Zeit mit meinem Kind können wir anders gestalten, sinnvoll und stressfrei. Ich hoffe, unsere Anwohner in unserem Quartier sitzen jetzt auch in ihren Stuben und sinnieren über die Sonntage. Und über uns, die Verkäuferinnen. Denn wenn die Nachfrage ausbleibt, ändert sich vielleicht etwas. Nicht nur wir als Arbeiterinnen können etwas ändern, sondern auch wir als Konsumentinnen. Meinem Kind sage ich: «Hey, muesch nöd immer bi allem debi si, das isch nämli no cooler!»

# Parlament will Schweizer Stahlwerke unterstützen «Wir freuen uns sehr!»

**Der Protest der Stahlarbeiter und -arbeiterinnen war erfolgreich: Das Parlament will die Stromkosten für die Schweizer Stahlwerke und die Aluminiumindustrie senken. Jetzt müssen die Unternehmen auf die Massentlassungen verzichten.**

IWAN SCHAUWECKER

Nach dem Nationalrat hat sich diese Woche auch der Ständerat für die finanzielle Entlastung der Eisen-, Stahl- und Leichtmetallgisseereien ausgesprochen. Die beiden Kammern müssen noch letzte Differenzen ausräumen, aber die Chancen für das neue Gesetz stehen sehr gut. Damit könnten die beiden Stahlwerke in Gerlafingen und Emmenbrücke sowie die Walliser Aluminiumwerke während vier Jahren von reduzierten Stromkosten profitieren. Dies ist auch ein wichtiger Erfolg für die Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die Gewerkschaften. Ihre Protestaktionen auf dem Bundesplatz, in Gerlafingen und in Emmenbrücke (siehe Box) haben gewirkt.

### GROSSE ERLEICHTERUNG

Ramona Graf (27), Teamleiterin bei Stahl Gerlafingen, sagt: «Der Vorentscheid des Parlaments freut mich sehr und zeigt, dass unsere Arbeit, unser Engagement und der Standort in der Schweiz für das Bundeshaus von grosser Bedeutung sind.» Graf sprach im Oktober bei der Demo auf dem Bundesplatz und war auch Teil der Delegation, die mit den parlamentarischen Kommissionen in Kontakt war.

Sie sagt: «Wir sind erleichtert, dass es keine Entlassungen gibt und dass es eine Zukunftsperspektive für unseren Betrieb gibt.» Mit dem neuen Klimaschutzgesetz und dem revidierten Umweltschutzgesetz kann Stahl Gerlafingen für die klimaschonende Produktion von Recyclingstahl ab 2025 auch mit weiterer finanzieller Unterstützung rechnen.

### ZWISCHEN MARX UND KAPITALISMUS

Der Gerlafinger Richtmeister Heinz Grolimund (54) hat die Parlamentsdebatte im Livestream mitverfolgt. Er sagt: «Die vierstündige Debatte im Nationalrat fand ich sehr spannend, und na-



TEAMLEITERIN RAMONA GRAF: «Der Vorentscheid des Parlaments zeigt, dass unsere Arbeit und unser Engagement für das Bundeshaus von grosser Bedeutung sind.» FOTO: MANU FRIEDERICH

türlich bin ich sehr glücklich mit dem Resultat!» SP und Grüne, die Mehrheit der Mittelfraktion sowie einzelne Mitglieder der SVP und der FDP-Fraktion stimmten für die Staatshilfe. Die GLP war geschlossen dagegen, und die SVP sowie die FDP-Fraktion lehnten die Vorlage mehrheitlich ab. Der Nationalrat stimmte mit 108 zu 84 Stimmen zu.

Roger Nordmann (SP), Urheber des neuen Gesetzes, sagt: «Die Gegner der Vorlage haben uns zugleich «Grosskapitalismus» wie auch «Karl Marx» vorgeworfen.» Die Vorgehensweise sei aber nicht ideologisch gewesen, sondern vielmehr pragmatisch und zielorientiert.

### KLARE AUFLAGEN

Bis Ende Woche sollen die Bedingungen für die Staatshilfe durch das Parlament weiter konkretisiert werden. Falls Unternehmen von den reduzierten Netznutzungstarifen profitieren wollen, müssen sie verschiedene Transparenz- und Nachhaltigkeitsbedingungen erfüllen. Dividenden dürfen sie nicht auszahlen. Zur Absicherung sollen die Unternehmen zudem Standortgarantien abgeben. Halten sie die Auflagen nicht ein, sollen sie die Subventionen zurückzahlen müssen. Für die Unia ist klar, dass die Massentlassungen jetzt vom Tisch sind. Mat-

## Swiss Steel: Gemeinsamer Protest gegen die Massentlassung

Am 7. Dezember demonstrierten in Emmenbrücke mehrere Hundert Personen gegen die Entlassung von 130 Personen bei Steeltec, dem Luzerner Stahlwerk von Swiss Steel. Mitglieder der Personalkommission richteten in ihren Reden kritische Fragen an das Management des Stahlkonzerns. Neben den Gewerkschaften waren auch zahlreiche Aktivistinnen und Aktivisten der Klimastreiks vor Ort. Ihr Auftritt machte deutlich: Klimapolitik heisst Industriepolitik! work berichtete: [rebrand.ly/steeltec](https://rebrand.ly/steeltec).

teo Pronzini, Unia-Branchenleiter MEM-Industrie, sagt: «Angesichts der Massnahmen, die eine direkte finanzielle Entlastung der Stahlwerke zur Folge haben, kommt es nicht in Frage, dass diese jetzt Entlassungen vornehmen.» In Gerlafingen machte die Beltrame-Gruppe die Entlassungen bereits rückgängig. Bei Swiss Steel ist die Situation noch offen. Pronzini sagt: «Was bei Stahl Gerlafingen möglich war, muss jetzt auch in Emmenbrücke passieren.»

# Rechte Gaga-Argumente: An den Schwierigkeiten der Schweizer Stahlfabriken sind nicht «die Roten und Grünen» schuld

Es gibt für die SVP bekanntlich ja kein Problem, das nicht mit «der unkontrollierten Zuwanderung» zusammenhängt. Und für die FDP keines, an dem nicht «der Sozialismus» schuld ist. Beide Parteien sind dagegen, dass die Schweizer Stahlwerke unterstützt werden. Dabei geht es nicht um Subventionen, wie sie die Landwirtschaft nachgeworfen bekommt, sondern um die Entlastung von Abgaben. Der Staat würde – singemäss – auf eine Versicherungsprämie verzichten für eine Versicherung, auf die von den Stahlwerken gerne verzichtet wird. Der Nationalrat hat dem zugestimmt und der Ständerat war Stand Redaktionsschluss auch dafür (siehe Artikel oben).

**MUMPIZ.** Doch SVP und FDP und einige ihnen nahestehende Ideologen in den Arbeitgeberverbänden sind dagegen. Schliesslich sind «die Roten und Grünen» am teuren Strom schuld. Wegen der Energiewende und weil sie neue

AKW verhindern. Das ist Mumpitz, und work hat das schon mehrfach ausführlich geschil-dert. Zum Beispiel hier: [rebrand.ly/strompreis-explosion](https://rebrand.ly/strompreis-explosion).

Hier ein paar Punkte in aller Kürze:

- Frankreichs Industrie bezahlt nicht so viel weniger für den Strom als jene in der Schweiz, weil Frankreich «eben auf Atomstrom setzt». Sondern weil der staatliche Stromkonzern EDF verpflichtet ist, einen erheblichen Teil des

### Rechte Parteien und Wirtschaftsverbände wollen nicht zu einer realen Lösung für reale Probleme beitragen.

Stroms für 4,2 Cents pro Kilowatt an Grossverbraucher zu liefern. Rund die Hälfte des von der Industrie verbrauchten Stroms fällt un-



AKW: Keine Garanten für Billigstrom. FOTO: KEYSTONE

ter diese Regel. Folge zum Beispiel für die Besitzerin des Stahlwerks Gerlafingen: Kosten pro Megawattstunde verbrauchten Stroms in Frankreich: rund 30 Euro (ca. 28 Franken). In der Schweiz: rund 134 Franken.

- Schweizer Stromkonzerne zocken lieber im Casino des internationalen Strommarktes, statt sich um effiziente und klimaschonende Energieproduktion und die

Versorgungssicherheit in der Schweiz zu kümmern. Grund: Es liegen enorme Profite drin und Millionenboni. Und für die Risiken steht am Schluss sowieso die Allgemeinheit auf. So bei der Axpo. Im Detail nachzulesen hier: [rebrand.ly/unverschämte-axpo](https://rebrand.ly/unverschämte-axpo).

- Bereits vor 2 Jahren haben Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien Massnahmen zum Schutz der durch explodierende Stromkosten bedrohten Arbeitsplätze vorgeschlagen. Besonders auch für die Branchen, die am stromintensivsten sind. Wie etwa die Stahlwerke. Für sie soll ein Fonds aus abgeschöpften Krisengewinnen der Stromkonzerne geöffnet werden, der ihnen einen Teil des Verbrauchs zu Geste-hungskosten liefert. Rechte Parteien und die Wirtschaftsverbände liefern und laufen Sturm dagegen. Genau jene also, die auch jetzt nicht zu einer realen Lösung realer Probleme beitragen wollen.

CLEMENS STUDER

## Schweizer Schuhkonzern in Tunesien

**Rieker trampelt über Arbeitsrechte**

**SOLIDARISCH:** Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus dem ganzen Land sind angereist, um die Streikenden in Kairouan zu unterstützen. FOTO: ZVG / JAMEL CHERIF

**Ein Streik in der tunesischen Fabrik des Schweizer Schuhkonzerns Rieker führte zur Verhaftung von Mitarbeitenden und Gewerkschaftern. Am Hauptsitz des Konzerns in Thayngen SH ist (anscheinend) niemand da, der sich zum Fall äussern will.**

IWAN SCHAUWECKER

Rund 800 Arbeiter und vor allem Arbeiterinnen produzieren in der Ritun-Fabrik Schuhe für die europäische Kundschaft. Ritun ist die tunesische Tochter von Rieker, einem Schuhkonzern aus dem Kanton Schaffhausen.



**IN DER WÜSTE TUNESIENS:** Hier produzieren Biezerinnen zum Tiefstlohn Rieker-Schuhe. FOTO: GOOGLE MAPS

Er beschäftigt 20 000 Mitarbeitende und hat Fabriken in Vietnam, der Slowakei, Marokko und Tunesien. Die tunesischen Fabrikarbeiterinnen chrapfen für einen Tiefstlohn von 200 Euro pro Monat, ohne Gesundheits- und Kündigungsschutz. Wer sich wehrt, wird entlassen. So zuletzt 27 Mitarbeitende, die sich gewerkschaftlich organisieren wollten.

**VERHAFTUNG WEGEN STREIKS**

Grund genug für einen Streik, der im November die Produktion stilllegte. Jamel Cherif (55) ist Gewerkschafter beim tunesischen Gewerkschaftsbund und war am Streik beteiligt. Er sagt: «Bereits seit einem Jahr führen die Arbeiterinnen und Arbeiter von Ritun einen Kampf für ihre Gewerkschaftsrechte und zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen.» In den letzten Monaten habe

sich der Konflikt mit der Firmenleitung verschärft, bis hin zu den 27 Entlassungen. Jamel Cherif sagt: «Beim Streik am 14. November hat mich die Polizei zusammen mit acht Arbeiterinnen und Arbeitern festgenommen.» Wegen «Behinderung der Arbeitsfreiheit». Die fünf verhafteten Frauen kamen nach einigen Tagen wieder frei, die Männer blieben in Haft.

**GEWERKSCHAFTLICHE SOLIDARITÄT**

Eine Woche nach dem Streik kamen Cherif und die drei Arbeiter vor ein Gericht in der Bezirkshauptstadt Kairouan. Dies löste unter tunesischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern grosse Empörung und eine Solidaritätswelle aus. Aus verschiedenen Regionen Tunesiens reisten sie nach Kairouan, um die Streikenden zu unterstützen. Die Arbeiter wurden zu drei Monaten und Jamel Cherif zu sechs Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Cherif sagt: «Wir werden das Urteil anfechten und uns weiter für die Wiedereinstellung der entlassenen Beschäftigten einsetzen.»

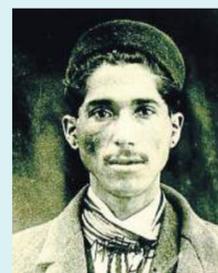
**Die Arbeiterinnen chrapfen für 200 Euro Monatslohn.****RIEKER-MILLIONÄR AM VIERWALDSTÄTTERSEE**

Der auf der Rieker-Website aufgeschaltete Code of Conduct zur Textil-Modewirtschaft verspricht den Arbeitnehmenden eigentlich das Recht auf Koalitions- und Versammlungsfreiheit sowie das Recht auf Tarifverhandlungen. Die tunesische Rieker-Fabrik scheint diese Versprechen auf gravierende Art zu verletzen. Den Firmenerben und Verwaltungsrat Markus Rieker (80) kümmert das kaum. Über seine Rieker Antistress Group Holding ist er massgeblich an den Geschäften von Rieker beteiligt. Der gebürtige Deutsche liess sich im Kanton Nidwalden einbürgern und lebt gemäss dem Magazin «Bilanz» als mindestens 500facher Millionär in einem Haus am Vierwaldstättersee.

Auf der LinkedIn-Seite von Rieker fragt der Schuhkonzern seine Mitarbeitenden, welche Art von Schuh sie gerne wären. Der Schuh mit den ausklappbaren Spikes oder doch eher der klassische Rieker-Antistress-Schuh? Auch zum Auslandsaufenthalt eines Schweizer Lernenden beim Produktionsstandort in Tunesien findet sich ein kurzer Erfahrungsbericht. Doch viel mehr zur Fabrik in Tunesien erfährt man bei Rieker nicht. Auch die telefonische Anfrage bei der Rieker-Zentrale in Thayngen SH führt nicht weiter. Die zuständige Abteilung sei die ganze Woche abwesend, heisst es bei Rieker. Die Zeit vor Weihnachten sei ungünstig.

**Pionierland des Widerstands: 100 Jahre Gewerkschaftsbewegung in Tunesien**

Vor hundert Jahren, im Dezember 1924, gründete Mohamed Ali El Hammi (1890 bis 1928) gemeinsam mit tunesischen Gewerkschaftern die Confédération générale tunisienne des travailleurs (CGTT). Die CGTT war damit die erste unabhängige Gewerkschaft im französischen Kolonialreich und Ali El Hammi ihr erster Generalsekretär. Bereits wenige Wochen nach der Gründung der CGTT kam es zu ersten Streiks von tunesischen Hafen- und Industriearbeitern.



**GEWERKSCHAFTLICHER VORREITER: Mohamed Ali El Hammi.** FOTO: WIKIDATA

faschistischen Diktatur von Benito Mussolini verfolgt wurden. El Hammi konnte flüchten, starb aber 1928 unter ungeklärten Umständen bei einem Autounfall in Saudiarabien.

**ARABISCHER FRÜHLING.** Als Nachfolgeorganisation der CGTT wurde 1946 die Union générale tunisienne du travail (UGTT) gegründet, die bei der Erlangung der tunesischen Unabhängigkeit 1956 eine entscheidende Rolle spielte. Auch beim Ausbruch des Arabischen Frühlings, der mit der Selbstverbrennung des tunesischen Strassenverkäufers Mohamed Bouazizi im Jahr 2010 begann, waren Mitglieder der UGTT federführend. Die Gewerkschaftsbasis zwang die Führung des staatlichen Gewerkschaftsbundes, sich auf die Seite der Aufständischen zu stellen. Die UGTT erhielt 2014 zusammen mit drei weiteren Organisationen den Friedensnobelpreis für ihr Mitwirken beim Demokratisierungsprozess in Tunesien.

**AUS DER PROVINZ.** Ab 1881 war Tunesien unter französischer Herrschaft. Die Hauptstadt Tunis entwickelte sich in dieser Zeit zu einem boomenden, kosmopolitischen Zentrum des Mittelmeerraums. Ali El Hammi zog es im Alter von 18 Jahren aus der Kleinstadt El Hamma nach Tunis, wo er als einer der ersten Tunesier einen Führerschein erwerben konnte. Mit diesem stellte er sich als Fahrer in den Dienst des österreichisch-ungarischen Konsulats und lernte Deutsch, Französisch und Italienisch.

**VERBOT UND VERBANNUNG.** Zwei Monate nach der Gründung der CGTT verbot die französische Kolonialverwaltung den tunesischen Gewerkschaftsbund. Im November 1925 verbannte sie El Hammi und weitere tunesische Gewerkschaftsführer nach Neapel, wo diese unter der

**SOCIAL-MEDIA-STAR IN GEFAHR.** Doch in den letzten Jahren konnten weder die neue Verfassung noch die gewerkschaftlichen Massendemonstrationen verhindern, dass Präsident Kais Saied (66) in Tunesien erneut eine Diktatur installierte. Bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2024 liess sich der konservative Politiker für weitere fünf Jahre im Amt bestätigen. Weil etliche Oppositionelle, Gewerkschafterinnen und Journalisten im Gefängnis sind, boykottierten fast drei Viertel der Wahlberechtigten die Präsidentschaftswahl. Inzwischen riskieren sogar weitgehend apolitische Social-Media-Stars eine Inhaftierung, zuletzt etwa die schwangere Lady Samara, die mit ihren Schminktippis und Hochzeitsfotos auf Instagram ein Millionenpublikum erreichte. (isc)

# Basel-Stadt: Gewalt gegen Demonstrierende Schlendrian bei der Basler Polizei



EINKESSELUNG AM 1. MAI 2023: Vermutungen legen nahe, dass diese Aktion von der Polizei als Präventivmassnahme geplant wurde. FOTO: KEYSTONE

Die Basler Polizei kesselte einen friedlichen Demozug am 1. Mai 2023 ein. Jetzt fragt der Anwalt der Geschädigten: War dieser Einsatz gar von langer Hand geplant? Die Polizei klärt nicht auf, sie spielt auf Zeit.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Bei der Basler Polizei, der Staatsanwaltschaft und am Gericht läuft etwas gewaltig schief. Das zeigen die Recherchen der «Basler Zeitung». Vor über sechs Jahren, am 24. November 2018, griff die Polizei die Nazifrei-Demo brutal mit Gummischrot an (das Video zum Angriff: [rebrand.ly/gummischrotBasel](https://rebrand.ly/gummischrotBasel)). Die Aufarbeitung läuft schleppend, weiterhin sind 26 Verfahren hängig. Das wirft berechtigterweise die Frage auf: Blüht den Verfahren von der Demo am 1. Mai 2023 dasselbe?

Zur Erinnerung: Wenige Meter nach dem Start hat die Basler Polizei den friedlichen und bewilligten Demozug am 1. Mai 2023 gewaltsam aufgehalten und die Spitze des Demozugs und somit rund 300 Personen eingekesselt. Ausserdem besprayed die Poli-

zei Demobeteiligte inner- und ausserhalb des Kessels willkürlich mit Reizgasen. work berichtete: [rebrand.ly/BaselPolizeigewalt](https://rebrand.ly/BaselPolizeigewalt).

Guido Ehrler, Vertrauensanwalt der Gewerkschaft Unia, kümmert sich um die Geschädigten vom 1. Mai 2023. Rund 60 Demonstrierende wehren sich mit seiner Hilfe gegen das damalige Vorgehen der Polizei. Ehrler sagt zu work: «Wir müssen die Fragen klären: War dieser Kessel wirklich nötig? Und war die Aktion schon lange im Voraus geplant?» Bereits am 11. Mai 2023 reichte Ehrler mit den Geschädigten eine Beschwerde ein. Seither spielt die Basler Polizei (wieder) auf Zeit.

LARIFARI

Ehrler klärt über den aktuellen Stand der Verfahren auf: Nachdem er noch im Mai 2023 die Klagen eingereicht hatte, liess sich die Polizei eineinhalb Jahre Zeit, um die Feststellungsverfügung zu erlassen. Erst damit können die Geschädigten von der Polizei ihre persönlichen Akten sowie Beweismaterial einfordern. Anwalt Ehrler: «Statt in der Frist das Material zu liefern, zieht die Polizei diesen Schritt bis Januar 2025 in die Länge. Ihre Ausrede: Sie hätten angeblich das ganze Be-

weismaterial noch nicht beisammen – nach über 20 Monaten.» Doch so einfach lassen sich die Betroffenen nicht hinhalten.

Der Anwalt erklärt weiter: «So wie dieser Kessel entstanden ist, brauchte es vermutlich eine wochenlange Vorplanung der Polizei. Und das ist ein rotes Tuch: Präventive Massnahmen gegen eine friedliche Demo sind massive Eingriffe in die Rechte von Demonstrierenden.» Das unterstreicht das kürzlich gefällte Urteil vom Bundesgericht zur WEF-Winterwanderung: [rebrand.ly/Winterwanderung](https://rebrand.ly/Winterwanderung).

Mittlerweile ist klar, mit welcher Härte die Polizei im Kessel durchgriff: Gegen Personen, die das Geschehen vor Ort filmen wollten, setzte sie Pfefferspray ein. Erst nach acht Stunden und ausführlichen Personenkontrollen durften die Einkesselten gehen. In dieser Zeit hatten die Demonstrierenden keine Möglichkeit, zur Toilette zu gehen oder sich zu verpflegen.

ALT, FURCHTLOS, RESISTENT

Auch der Graue Block, eine Vereinigung von Basler Linken im fortgeschrittenen Alter, unterstützt die geschädigten Demonstrierenden. Ihr Motto: «Alt, furchtlos, resistent». Bereits bei der Nazifrei-Demo im November 2018 griff die erfahrene Aktivistinnengruppe zu ungewöhnlichen Massnahmen. Ein Grauer-Block-Aktivist sagt zu work: «Das Muster der Polizei durchschauen wir damals schnell: Sie hatten es auf junge, unerfahrene Demonstrierende abgesehen. Deshalb gingen wir kurzerhand mit 60 Leuten auf den Polizei-

«Statt in der Frist zu liefern, zieht die Polizei alles in die Länge.»

ANWALT GUIDO EHRLER

posten, um zu deklarieren, dass wir ebenfalls dabei waren.» Eine Anzeige für ihre Präsenz an der Nazifrei-Demo erhielten sie aber nie. Auch bei den Verfahren rund um den 1. Mai 2023 bietet der Graue Block Unterstützung. Denn: «In Basel wird die Stimmung systematisch gegen friedliche Demonstrierende aufgeheizt. Die Polizei versucht ein Bild von «lästigen» Aktivisten zu vermitteln. Und die Angriffe gehen längst nicht nur gegen linke, autonome Gruppen, sondern unter anderem auch gegen die Gewerkschaften.»

# Unia-Wissenschaftspreis: Studie über Sexarbeit gewinnt Verkauf von Sex ist Arbeit

In ihrer Doktorarbeit zeichnet Sarah Baumann die Bedingungen nach, unter denen Prostituierte in den 1950er bis 1980er Jahren arbeiten mussten. Jetzt erhält sie dafür den Unia-Wissenschaftspreis.

CHRISTIAN EGG

Wie wirkte sich die «sexuelle Befreiung» ab 1968 auf die Arbeit von Prostituierten aus? Wer verdiente mit an der sexuellen Arbeit von Frauen? Wie wehrten sich Sexarbeiterinnen gegen Repression der Behörden?

Solchen Fragen geht die Historikerin Sarah Baumann auf den Grund. Für ihre Dissertation



PREISÜBERGABE: Unia-Präsidentin Vania Alleva (l.) mit Gewinnerin Sarah Baumann und Nachwuchspreisträger Luc Ruffieux. FOTO: FLORIAN BACHMANN

«Schändlich sind die Bedingungen, unter denen Sexarbeit stattfindet.»

UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA

zum Thema erhält sie jetzt den von Unia gestifteten und mit 4000 Franken dotierten Wissenschaftspreis. Die Gewerkschaft verleiht ihn alle zwei Jahre. Er soll herausragende Forschung zum Thema Arbeit öffentlich anerkennen.

Forscherinnen und Forscher konnten Abschlussarbeiten einreichen, die sie in den letzten zwei Jahren verfasst hatten. Eine Jury aus Fachleuten kürte jetzt Baumanns Dissertation mit dem Titel «Prekäre Liberalisierung – Sexuelle Arbeit von Frauen in Schweizer Städten» zur Siegerin. Unia-Präsidentin Vania Alleva hat den Preis am 13. Dezember

an der Universität Zürich im Rahmen einer Tagung von Labors – einem Netzwerk mit dem Ziel, Forschung zum Thema Arbeit zu fördern – überreicht.

In ihrer Laudatio strich Unia-Präsidentin Vania Alleva Baumanns Perspektive auf die Prostitution hervor: «Sie versteht und untersucht den Verkauf von Sex konsequent als Ar-

beit.» Eine besonders prekäre Form von Arbeit allerdings, gekennzeichnet durch Instabilität, fehlenden sozialen Schutz sowie soziale und ökonomische Verletzlichkeit. Damit stelle die Autorin, so Alleva weiter, den Skandal der Prostitution vom Kopf auf die Füsse: «Schändlich sind nicht jene, die diese Arbeit leisten, sondern die sozialen Bedingungen, unter denen ihre Arbeit stattfindet.»

EIN UNRÜHMliches KAPITEL

Ebenfalls verliehen hat die Unia einen Nachwuchspreis in der Höhe von 1000 Franken. Er geht an Luc Ruffieux für seinen Beitrag zur Geschichte des Smuv, einer der Vorgängerorganisationen der Unia. In seiner Masterarbeit zeigt Ruffieux auf, wie der Smuv auf die Automatisierung der Industrie in den 1980er Jahren reagierte – insgesamt defensiv und weit entfernt von der Basis. Das sei auch als Aufruf an die Gegenwart zu verstehen, so Vania Alleva: «Gewerkschaften dürfen sich nicht mit einer reaktiven Rolle begnügen. Sie müssen mit Mut und Entschlossenheit dafür kämpfen, dass technologische Entwicklungen im Interesse der Menschen gestaltet werden.»

# Bis in die 1980er Jahre waren weite Teile der Schweiz vergiftet. Jetzt beleuchtet erstmals eine Historikerin diese Schattenseite der Industrialisierung. Ein Gespräch mit Claudia Aufdermauer über Basler Lachse, Berner Hungertote und Glarner Fabrikkinder.

JONAS KOMPOSCH

work: Frau Aufdermauer, Sie haben eine «andere Geschichte» der Industrialisierung geschrieben und sprechen von der «vergifteten Schweiz». War die Lage um 1900 wirklich so dramatisch?

Claudia Aufdermauer: Der Untertitel meines Buches heisst «Eine andere Geschichte der Industrialisierung», weil ich eine neue Perspektive gewählt habe. Bisher hat die Geschichtswissenschaft vor allem danach gefragt, wie die Rohstoffe in die Fabriken kamen und wie sie diese als Produkte wieder verliessen. Und generell wird die Geschichte der Industrialisierung immer noch häufig entlang von Pionieren und ihren Unternehmen erzählt. Mein Zugang hingegen ist der Weg des Giftes. Giftige Stoffe verschwinden ja nicht einfach in der Produktion. Als Abfallprodukte landen sie in der Luft, im Wasser oder

im Boden. Ich habe also geschaut, welche giftigen Stoffe im 19. und 20. Jahrhundert in die Fabriken kamen, was dort mit den Arbeiterinnen und Arbeitern passierte und wie diese Stoffe wieder hinausgelangten.

Mit welcher Erkenntnis?

Eine Konstante scheint, dass man im nachhinein immer gescheitert ist. Die Gefährlichkeit eines Stoffes wurde meist erst im Verlauf der Jahre festgestellt. Grundsätzlich konnte ich aber nachzeichnen, dass die zeitgenössischen Akteure sich zum Teil sehr intensiv mit den Wirkungen von giftigen Stoffen auseinandersetzten. Es wurde experimentiert, dokumentiert und nach Problemlösungen gesucht, aber auch vertuscht und getrickst.

Wer hat verheimlicht und getrickst?

Zum Beispiel die damalige Ciba in Basel. Wie die meisten Fabriken leitete auch sie ihre Abfallprodukte einfach in den nächsten Fluss. 1904 drohten sechs Berufsfischer mit einer Klage, da ihre wirtschaftliche Grundlage durch die Rheinvergiftung ruiniert werde. Die Ciba schloss darauf mit den Fischern einen Geheimvertrag ab. Sie zahlte ihnen 305 Franken an den jährlichen Pachtzins und bekam die Garantie, dass nicht weiter gegen sie vorgegangen werde und alles geheim bleibe.

Klingt nach einem guten Deal für Ciba!

Ja, zumal später auch Konkurrenten wie die Sandoz, J. R. Geigy und weitere Unternehmen ins Abkommen einstiegen. Die Geheimzahlungen dauerten übrigens bis 1951 an und endeten nur, weil der letzte Fischer verstorben war.

Die Fischer schaufelten ihr eigenes Grab? Bis zu einem gewissen Grad schon. Bei solchen Nutzungskonflikten bevorzugten allerdings auch die Behörden immer klar jene Branche, die die höhere Wertschöpfung generierte. Gegen die Farben- und Chemieindustrie und die damit zusammenhängende Textilindustrie kamen die paar Fischer nicht an.

Propos Fisch: Ich wusste gar nicht, dass im Rhein bei Basel einst Lachse lebten!

Bis in die 1920er Jahre waren Lachsänge im Rhein noch häufig. Nach dem Bau der Kraftwerke Augst-Wyhlen 1912 und Kembs 1932 wurden sie immer seltener. Und spätestens nach dem 1. November 1986 verschwanden sie ganz.

Wegen der Katastrophe von Schweizerhalle? Genau, damals gerieten dort in einer Lagerhalle von Sandoz 1350 Tonnen Chemikalien in Brand. Das Feuer konnte zwar bekämpft werden, doch das Löschwasser wurde nirgends eingefangen. Damit flossen Unmengen an Insektiziden und quecksilberhaltigen Fungiziden in den Rhein. Die Folge war ein massives Fischsterben bis in die Gegend um Karlsruhe.

Hat man auch «Schweizerhalle» gelernt?

Durchaus. Erst mit dieser Katastrophe überlegte man sich detaillierte Notfallkonzepte. Der Bundesrat versprach, der sogenannten Technologiefolgen-Abschätzung künftig mehr Beachtung zu schenken, und erarbeitete eine Verordnung zum Schutz vor «Störfällen», wie Katastrophen nun genannt wurden. Wohin mit dem hochgiftigen



SCHATTENSEITE: Das neue Buch der Historikerin Claudia Aufdermauer deckt auf, wie die Industrialisierung die Schweiz verschmutzte.

FOTO: FIRMENARCHIV NOVARTIS



UM 1909: Ein Chemiker der Fabrik J.R. Geigy in Basel.



UM 1875: Noch offener Birsig mit Pfluggasbrücke in Basel.



1986: Tote Aale am Rheinufer nach dem Brand im Sandoz-Werk in Schweizerhalle.



UNDATIERT: Arbeiterin im Werk Stein der chemischen Fabrik Ciba-Geigy.



1986: Demonstrierende fordern ein staatliches Chemieinspektorat.

FOTOS VON OBEN: FIRMENARCHIV NOVARTIS; ETHBIBLIOTHEK ZÜRICH; KEYSTONE; SOZIALARCHIV WILLY SPILLER

faulten davon Zähne und Oberkiefer ab, etliche starben. 1879 verhängte der Bund ein Verbot von Gelb-Phosphor-Zündhölzchen. Doch die Produktion ging weiter – nachts in Privatwohnungen. 1882 hob der Nationalrat das Verbot wieder auf. Denn die Zündholzfabrikanten hatten argumentiert, dass mit dem Verbot Hunger und Elend über die Region hereinbreche. Das war nicht frei erfunden. Noch Mitte des 19. Jahrhunderts gab es in armen Tälern der Schweiz zahlreiche Hungertote.

Sie haben auch Beispiele von Fake-News gefunden ...

... zum Beispiel bei den Basler Farbenfabrikanten. Diese behaupteten, sie würden ihre arsenikhaltigen Abwässer nicht in den Rhein leiten und seien für Fischsterben nicht verantwortlich. 1872 gestanden sie, dass sie es doch taten. Gewisse Färber verbreiteten danach die Legende, wonach kleine Mengen Arsenik sogar gesund seien und ein gutes Aussehen verliehen. Tatsächlich ist schon eine Dosis von 60 bis 170 Milligramm tödlich.

Wie ging die Arbeiterszeit mit den giftigen Gefahren in den Betrieben um?

Ein besonders spannendes Dokument, das ich gefunden habe, war eine Eingabe von vier Textilarbeitern an die Glarner Landsgemeinde aus dem

Jahr 1863. Sie verwiesen auf die schädlichen Ausdünstungen in den Druckstuben, gerade auch für Kinder. Und sie forderten Ventilationsvorschriften, ein Fabrikinspektorat und eine staatliche Beschränkung der Arbeitszeit auf 11 Stunden. Wenig später konnten sich die vier Arbeiter an der Landsgemeinde weitgehend durchsetzen. Zudem wurde Kinder- und Nachtarbeit verboten und ein sechswöchiger Mutterschaftsschutz eingeführt. Ein solcher Eingriff in die «freie Wirtschaft» war damals einmalig in der Schweiz!

Und wie reagierten die Textilfabrikanten? Sie schlossen sich kurz darauf zum Technischen Verein Glarus zusammen. Vordergründig war das ein Leseverein zur Diskussion der neuesten Techniken. Aber eigentlich ging es darum, neue Einschränkungen zu verhindern.

Vor Ihnen haben sich erst wenige Historikerinnen an diese Kehrseite der Schweizer Industrie herangewagt. Warum? Das habe ich mich auch gefragt. Vielleicht liegt es einfach daran, dass der Begriff der «Umwelt» erst in den 1970er Jahren mit den entsprechenden Bewegungen aufkam. Aber die Geschichtswissenschaft hatte bisher auch ein verzerrtes Bild der frühen Naturschutzbewegungen.

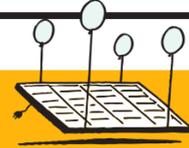
Inwiefern? Man ging davon aus, dass die um 1900 gebildeten Naturschutzgruppen primär von romantischen, patriotischen und ästhetischen Motiven geleitet waren. Doch am Beispiel des sogenannten Kriegs gegen die Zellulose- und Papierfabrik Balsthal konnte ich zeigen, dass manchmal auch konkrete Gefahren ausschlaggebend waren. In den Gemeinden formierte sich ab 1894 eine breite Protestbewegung gegen die industrielle Verschmutzung des Flusses Dünern. Und da ging es um handfeste Interessen, nicht um Romantik. Es war die erste Schweizer Umweltbewegung avant la lettre.

Hat sich die «vergiftete Schweiz» in eine «vergiftende» gewandelt? Diese Frage stellt sich tatsächlich. Denn nicht nur die Produktion mit giftigen Stoffen, etwa die Textilindustrie, hat man ins Ausland verlagert. Auch den Grossteil unseres Giftmülls exportieren wir. Aber es gibt auch neue, noch zu wenig erforschte Gefahren – etwa jene der sogenannten Ewigkeitschemikalien PFAS. Und man darf nicht vergessen: Schadstoffe halten sich nicht an Landesgrenzen.

Historikerin: Spezialisiert auf das 19. Jahrhundert



Claudia Aufdermauer (40) ist freischaffende Historikerin in Aarau. Ihre Doktorarbeit erlangte sie mit einer Studie über die «Bundesbarone» des 19. Jahrhunderts und deren Einfluss auf die Schweizer Aussenpolitik. Für die Alfred-Escher-Stiftung war sie lange als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Publiziert hat sie unter anderem zur Geschichte des Strassenbaus, der Frauenrechte oder der Lebensrealitäten der ersten Fabrikarbeiter. «Vergiftete Schweiz – Eine andere Geschichte der Industrialisierung» ist im November im Zürcher Verlag Hier und Jetzt erschienen. Das schöne Buch ist 250 Seiten stark, enthält 70 Bilder und kostet 44 Franken. (jok)



# Ökologischer Umbau: China legt ökonomisch Beznau I und Beznau II still

**Solarpanels, Batterien und Wind: Der chinesische Staatskapitalismus kann eine bereits heute bestehende Überproduktionskrise nur durch noch mehr Produktion, durch noch mehr Subventionen lösen. Er wird somit zum entscheidenden Faktor des so oder so anstehenden ökologischen Umbaus.**

Die Welt wird zunehmend zu einem Dorf, politisch und ökonomisch. Vieles verändert sich rasend schnell und oft in wenigen Tagen. Der syrische Diktator Bashar al-Asad ist weg. Die AKW Beznau I und II werden spätestens in neun Jahren nur noch Geschichte sein. Und niemand will im Ernst ein neues Atomkraftwerk bauen. Denn nicht mehr der Winterstrom ist das Problem, sondern die Dunkelflauten.

Versuchen wir zu verstehen, was energiepolitisch auf uns zukommt:

Die Wirkungsgrade der Solarpanels steigen schneller an als bisher gedacht: Bereits heute haben die führenden chinesischen Herstellerfirmen Produkte mit einem Wirkungsgrad von 25 Prozent im Angebot. Für das Jahr 2027 versprechen sie uns 28 Prozent. Und dies bei fallenden Preisen. Das ist eine Revolution, weil wir auf gleich viel Fläche viel mehr Strom produzieren können. Die neue Faustregel: Mit drei Quadratmetern Solarpanels können wir 1000 Kilowattstunden Strom produzieren. Ein Vierpersonenhaushalt ohne Elektroauto verbraucht 4500 Kilowattstunden pro Jahr.

Parallel zu den Solarpanels wurden auch die Wechselrichter effizienter und billiger. Bestes Beispiel dafür sind die neuen Balkonkraftwerke, die alles in einem Paket anbieten: Solarpanels, Befestigung und Wechselrichter. Neuerdings gibt's oft sogar noch Batterien dazu.

Alle, die eine Solaranlage ohne Batterien installieren, können damit im Durchschnitt nur 40 Prozent ihres Strombedarfs decken. Den Rest müssen sie ins öffentliche Stromnetz abgeben, wo die Preise am Fallen sind. Mit einer genügend grossen Batterie können sie 70 Prozent ihres Stromverbrauchs selber decken. Das macht schon eine matchentscheidende Differenz aus und gilt für eine Anlage auf dem eigenen Dach, im eigenen Garten oder in einer nahen Freilandanlage.

**280 MAL BEZNAU.** Auch die Preise für Batterien befinden sich im freien Fall: Innert eines Jahres wurden sie um 50 Prozent billiger. Bei chinesischen Produkten liegen sie heute pro Kilowattstunde gespeicherter Energie bereits bei 200 Franken. Wer eine Solaranlage mit drei Kilowatt Leistung installiert, sollte sinnvoll



**BALD GESCHICHTE:** Die AKW Beznau I und II werden keine zehn Jahre mehr laufen. Die Strommenge, die sie produziert haben, wird von chinesischen Solarpanels in den Schatten gestellt. FOTO: ZVG / NWA-SCHWEIZ.CH

erweise eine Batterie mit einer Speicherfähigkeit von 10 bis 15 Kilowattstunden vorsehen.

Europa hat den Zug leider schon wieder verpasst. Aber das ist kein Unglück, weil China auf Teufel komm raus Batterien produzieren und exportieren muss. Ohne Industrieproduktion, ohne Exporte unter anderem von Solarpanels, Wechselrichtern und Batterien würde das Reich der Mitte implodieren. Es verträgt jetzt keine weiter ansteigende Arbeitslosigkeit seiner jungen Menschen mehr. Und vor allem bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen für Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter hat es noch viel Luft nach oben.

Der chinesische Staatskapitalismus kann eine bereits heute bestehende Überproduktionskrise nur durch noch mehr Produktion, durch noch mehr Subventionen lösen. Er wird somit zum entscheidenden Faktor des so oder so anstehenden ökologischen Umbaus. Nächstes Jahr werden chinesische Unternehmen mehr als 500 Gigawatt-Solarpanels produzieren. Diese werden pro Jahr so viel Strom produzieren wie 280 Mal Beznau I.

**ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN.** Auch bei den Windkraftwerken, die ihren Strom vor allem im Winter pro-

duzieren, fallen die Preise wegen der chinesischen Anbieterinnen und Anbieter.

RWE ist ein deutscher Stromriese. Verglichen damit sind Axpo und Alpiq nur Vorgartenzwerge. Markus Krebber, der CEO von RWE, beschreibt im «Handelsblatt Deutschland» die neue Ausgangslage: «Wenn man sich die Investitionszyklen von neuen Kernkraftwerken anschaut, ist man schnell bei 15 Jahren und mehr. Da ist der Neubau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken, Speichern und vor allem der Ausbau der Erneuerbaren deutlich schneller.»

Es ist die Aufgabe von Gewerkschaften, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen und gleichzeitig den Strukturwandel voranzubringen. Wir verbrauchen heute als Land 60 Milliarden Kilowattstunden Strom pro Jahr. Wir werden mittelfristig, wenn die Umstellung auf Elektromobilität und Wärmepumpen erfolgt ist, absehbar bis zu 100 Milliarden Kilowattstunden benötigen. Somit rund 10 000 Kilowattstunden pro Nase. Dieser Umbau schafft Arbeitsplätze. Und für die heutigen AKW-Mitarbeitenden wird es viel Arbeit beim Abbruch der Atomkraftwerke geben. Wie viele können umgeschult werden? Wie viele können in Frühpension gehen? Es wird spannend!

## LINKS ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/lithium-strategie](https://rebrand.ly/lithium-strategie)  
Ein informatives «Spiegel»-Interview mit dem hochkompetenten deutschen Forscher Rüdiger Eichel. Fazit: Die Preise von Lithiumbatterien haben sich innerhalb eines Jahres halbiert. Und Lithiumbatterien halten viel länger als bisher gedacht: zuerst zwanzig Jahre im Auto, dann nochmals zwanzig Jahre als Batterie im Haus, etwa um den Photovoltaikstrom vom Dach zu speichern. Erst danach können und müssen die Materialien wiederverwertet werden. Und die günstigeren, aber schweren Natriumionenbatterien werden sich absehbar bei Stadtautos durchsetzen.

● [rebrand.ly/energiepolitik](https://rebrand.ly/energiepolitik)  
Ein typischer faktenarmer SRF-Dokbeitrag mit Energieminister Röstli und Ems-Chefin Martullo-Blocher zur Energiepolitik: Die Tatsache, dass Deutschland bis 2030 schon 80 Prozent des Strombedarfs mit Erneuerbaren decken wird, vorab mit Strom und Sonne, war kein Thema.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

INSERAT

«BEISSENDE SOZIALKRITIK VERBUNDEN MIT STILISTISCHER BRILLANZ.»

VARIETY

74. Internationale Filmfestspiele Berlin Competition

2024 ZÜRICH FILM FESTIVAL

**LA COCINA**

A FILM BY ALONSO RUIZPALACIOS

RAÚL BRIONES  
TWO-TIME ACADEMY AWARD® NOMINEE  
ROONEY MARA

FILM COOP1

**AB 2. JANUAR IM KINO**

# Neues Abkommen zwischen der Schweiz und der EU Gewerkschaften liegen nicht mit der SVP im Lotterbett



**DIE ROTE LINIE:** Bei den Arbeitsbedingungen gehen die Gewerkschaften keine Kompromisse ein, die den Búezzerinnen und Búezzer schaden. FOTO: KEYSTONE

**Bald wird der Bundesrat sagen, dass er mit der EU fertig verhandelt habe. Der genaue Vertragstext wird erst in ein paar Monaten bekannt sein. Die Haltung der Gewerkschaften ist seit Jahren stabil: Der eigenständige Lohnschutz ist die rote Linie. Und der Service public muss gesichert sein.**

CLEMENS STUDER

Wohl kurz vor Weihnachten und sicher nach Redaktionsschluss dieser work-Ausgabe wird der Bundesrat das Ende der Verhandlungen mit der EU über das «Rahmenabkommen 2.0» verkünden. Dabei werden wohl einige Eckpunkte genannt. Das Abkommen im Wortlaut wird erst im Frühling bekannt werden, wenn es in die Vernehmlassung geschickt wird.

## ORAKELN UND SPEKULIEREN

In den vergangenen Monaten wurde viel orakelt und neue und nicht mehr ganz so neue Vorschläge ventiliert. Die rechtsnationalen Abschotterinnen und Abschotter haben sich unter vielen Mäntelchen zu Wort gemeldet. Und jene, die zwar gerne vom freien EU-Marktzugang profitieren wollen, spekulieren darauf, den zu behalten, aber den Schweizer Lohnschutz gleichzeitig zu schleifen und den Service public zu privatisieren.

Die einzige wirklich konsequente Haltung legen die Gewerkschaften an den Tag: Ja zu den Bilateralen III, wenn die Löhne und der Service public gesichert sind. Ein Abkommen, das den Lohnschutz in der Schweiz schwächt und Arbeitnehmende aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt, werden sie ablehnen – genauso wie die Versuche fremden-

feindlicher Kräfte, die Personenfreizügigkeit abzuschaffen.

Denn die Personenfreizügigkeit mit der EU ist grundsätzlich eine Erfolgsgeschichte dank den von den Gewerkschaften erkämpften flankierenden Massnahmen (FlaM). Doch diese FlaM sind ideologischen Arbeitgeberverbänden und bürgerlichen Politikern ein Dorn im Auge.

## NUR MIT DEN FLANKIERENDEN

Die Erzählung, die Gewerkschaften lägen mit der SVP im Lotterbett und zögen gleichzeitig die SP mit unter die Decke, könnte falscher nicht sein. Auch wenn sie von den Aargauer und Zürcher Zentralredaktionen in Dauerschleife geschrieben und gesendet wird.

Tatsache ist: Die Gewerkschaften schützen die Rechte der Arbeitenden. Hier in der Schweiz und in Zusammenarbeit mit den sozialen Kräften in der EU. Entscheidend ist der konkrete Inhalt eines Abkommens. Es muss dazu beitragen, die Rechte der Arbeitnehm-

**Die SVP will nichts von flankierenden Massnahmen wissen. Das sagt sie im Unterschied zu FDP und GLP immerhin ehrlich.**

den und ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Nur daran werden die Gewerkschaften das Ergebnis messen.

Die SVP dagegen will nichts von den FlaM wissen. Das sagt sie im Unterschied zu FDP und GLP immerhin ehrlich. Sie will lieber zurück zum unmenschlichen Saisonierstatut. Dieses hat nicht nur viel menschliches Leid gebracht (was den Marktradikalen egal ist), sondern auch die Löhne aller Arbeitenden im Land gedrückt (wovon die Marktradikalen träumen).

## ANGRIFF AUF ALLE LÖHNE

Auch wenn nicht wirklich klar ist, was unter der «Schutzklausel» zu verstehen ist, von der rechte und linksliberale Politikerinnen und Politiker derzeit so besessen scheinen: es geht

immer um Kontingente. Und bei Kontingenten geraten alle Löhne unter Druck. Das zeigt die Geschichte. Und das belegt eine dieses Jahr erschienene Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH ([rebrand.ly/studie-saisonier](https://rebrand.ly/studie-saisonier)). Auf den Punkt gebracht: Die beste «Schutzklausel» für die Lohnabhängigen in diesem Land sind die FlaM und ihre Kontrolle. Und diese müssen gestärkt und nicht geschwächt werden.

## UNIA-DELEGIERTE GLASKLAR

Die Unia-Delegierten haben an ihrer Versammlung vom 7. Dezember 2024 die Haltung der Gewerkschaften in einer Resolution noch einmal glasklar formuliert: «Wir wollen ein Abkommen, das die Rechte der Arbeitnehmenden in der Schweiz stärkt. Wir sind für einen starken Service public und gegen Liberalisierungen.» Konkret heisst das unter anderem:

- 1. Die rote Linie «Lohnschutz» darf nicht überschritten werden.**
- 2. Gesamtarbeitsverträge (GAV) und die Rechte der Arbeitnehmenden in der Schweiz und Europa müssen gestärkt werden.**
- 3. Die Personenfreizügigkeit muss weitergeführt werden.**

## SO GEHT'S WEITER

Der Bundesrat wird das von ihm verhandelte Abkommen in die Vernehmlassung schicken, wahrscheinlich im Frühling. Dann erst wird der Text vollumfänglich bekannt sein. Die Gewerkschaften werden diesen genau studieren und alle Aspekte für die Arbeitnehmenden kritisch würdigen. Und danach wird eine SGB-Delegiertenversammlung über die Position der Gewerkschaften entscheiden. Bis dahin ist es immer noch möglich, dass sich die Arbeitgeberverbände und die bürgerliche Parlamentsmehrheit bewegen und Hand bieten, die Arbeitnehmendenrechte allenfalls innenpolitisch zu stärken. Denn, so sagte es SGB-Chefökonom Daniel Lampart kürzlich im grossen work-Interview: «Was bisher absehbar ist, ist definitiv nicht im Sinne der Arbeitnehmenden. Das wollen und müssen wir ändern!»

## 10-Millionen-Initiative Gefahr für die Schweiz

**Noch bevor das Stimmvolk über das «Rahmenabkommen 2.0» oder die «Bilateralen III» entscheidet, kommt die «Keine 10-Millionen-Schweiz!»-Initiative der SVP zur Abstimmung. Diese bedroht den sozialen Frieden im Land. Und wird von den bürgerlichen Parteien und den Arbeitgeberverbänden nicht ernst genommen.**

CLEMENS STUDER

Nicht mehr als 10 Millionen Menschen sollen in der Schweiz leben. So will es die «Nachhaltigkeitsinitiative» der SVP. Sie ist ökologisch-heimatschützerisch übertünchte Fremdenfeindlichkeit. Ein



**NIX NACHHALTIG:** Die SVP-Initiative würde der Schweiz schaden. FOTO: KEYSTONE

Ja würde zuerst bei 9,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern zu einer extrem harten Asylpolitik führen, faktisch zu einer Abschaffung des Flüchtlingsstatus. Und ab 10 Millionen Einwohnern und Einwohnerinnen hätte sie für alle fatale Folgen. Die SVP-Initia-

## Schweizer Löhne kämen bei einer Annahme der Initiative unter Druck.

tive bedroht viele sozialpolitische Errungenschaften der vergangenen Jahre, Schweizer Löhne kämen bei einer Annahme unter Druck, und die Arbeitsbedingungen würden generell erheblich verschlechtert. Denn die Personenfreizügigkeit mit den flankierenden Massnahmen zum Schutz der Schweizer Löhne würde wegfallen – und damit alle Verträge der Bilateralen II.

## REALITÄTSVERWEIGERUNG

Trotzdem wird die SVP-Initiative im Bundeshaus mit einer beunruhigenden Nonchalance behandelt, die der Tragweite ihrer möglichen Konsequenzen in keiner Weise gerecht wird. Die Arbeitgeberverbände und bürgerlichen Parteien zeigen den wahren Sorgen der Menschen weiterhin die kalte Schulter. Die realen Löhne der Mehrheit stagnieren oder sinken sogar. Die Krankenkassenprämien explodieren, und Wohnen wird bis tief in den Mittelstand hinein immer mehr zum Luxus. Trotzdem gibt es von den Mehrheiten im Bundesrat und dem Parlament keine Vorschläge, wie man das Wohnproblem entschärfen könnte. Im Gegenteil. Nachdem mit EFAS eben erst Milliarden von den Steuer- auf die Prämienzahlenden abgeschoben worden sind, sollen jetzt auch noch die Mindestfranchisen steigen. Die ganze bürgerliche Finanzpolitik steht im Dienst der Superreichen, der Bestverdienenden und der Konzerne (siehe auch Seite 5).

Während die Gewerkschaften bereits aktiv Widerstand organisieren, zeigen die Spitzen der Arbeitgeberverbände und bürgerlichen Parteien eine besorgniserregende Realitätsverweigerung. So wie sie sich bisher weigern, den Lohnschutz innenpolitisch EU-kompatibel zu sichern (siehe Artikel links), so weigern sie sich auch, die drängendsten ökonomischen Sorgen der Mehrheit in diesem Land zur Kenntnis zu nehmen. Ganz so, wie vor der Abstimmung über die «Masseneinwanderungsinitiative» vor 10 Jahren.

Von Kanada bis Korea, von Chile bis China: Auf der ganzen Welt stehen mutige Búezerinnen und Búezer für ihre Rechte ein

# So arbeitskämpferisch war das Jahr 2024

**Weltweit protestierten im letzten Jahr Búezerinnen und Búezer gegen miese Löhne, widrige Arbeitsbedingungen und geizige Konzerne.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN UND JONAS KOMPOSCH

Licht aus! In der Millionenmetropole Lagos legten die Gewerkschaften den Stromschalter um: Für einen 16 Mal höheren Mindestlohn. Streiks bei Tesla, Audi, Samsung, Micarna. Oder 38 Prozent mehr Lohn für die Boeing-Belegschaft! Dies nur ein paar Müsterli aus der unvollständigen work-Zusammenstellung weltweit. Unsere 29 Beispiele zeigen aber: Fast auf der ganzen Welt gibt es starke Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich für Gerechtigkeit einsetzen.

## 1 Kanada

18 Tage lang bestreikten **Bombardier**-Mitarbeitende den Businessjet-Konzern. Und erreichten damit eine Lohnerhöhung von 12,5 Prozent, bessere Renten und bessere Job-Sicherheit.

Im Mai boten 461 Mitarbeitende **Nestlé** in Toronto die Stirn. In einem unbefristeten Streik forderten sie vom Schweizer Nahrungsmittelgiganten den vollen Teuerungsausgleich und eine Erhöhung der Pensionskassengelder.

## 2 USA

**Boeing**: Sieben Wochen lang streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter des Flugzeugherstellers Boeing. Mit einem beachtlichen Sieg: die Streikenden erreichten 38 Prozent Lohnerhöhung über vier Jahre.

Mehrere Zehntausend **Hafenarbeiter** legten an der US-Ostküste Anfang Oktober die Arbeit nieder. Sie verlangten 77 Prozent Lohnerhöhung für ihre 45 000 Mitglieder. Mit Erfolg: die Lohnerhöhung wird wahrscheinlich 61,5 Prozent betragen.

Hundert Sprecherinnen und Sprecher für Computerspiele streikten in **Hollywood** über einen Monat lang. Die Videogame-Konzerne wollten die Stimmen von Synchronsprechern und Motion-Capture-Künstlerinnen durch KI nachbilden und ohne Zustimmung und ohne angemessene Entschädigung verwenden. 80 Videospiele-Firmen willigten im September ein, die Synchronsprechenden besser zu entlohnen und sie vor dem ausbeuterischen KI-Einsatz zu schützen. Nicht so die grossen Player.

## 3 Mexiko

Rund 1000 Arbeiter des **Audi**-Werkes in Puebla protestierten im Januar und riefen: «Wir sind Arbeiter, keine Bettler!» Die Arbeiter forderten 15,5 Prozent mehr Lohn. Sie erreichten eine Lohnerhöhung von 7 Prozent und 3,2 Prozent für Zusatzleistungen. Die Lohnerhöhung ist damit höher als die Teuerung.

## 4 Kolumbien

Tagelang blockierten im September Lastwagen die Strassen im ganzen Land. Die Fahrer protestierten damit gegen die Erhöhung der Dieselpreise. Und damit gegen die noch weitere Erhöhung der **Lebenshaltungskosten**.

## 5 Chile

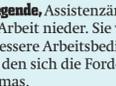
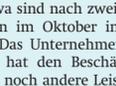
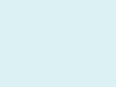
Es ist die grösste Kupfermine der Welt: Escondida. Im August legten die Arbeiter drei Tage die Arbeit nieder. Ihre Hauptforderungen an den australischen Bergbaukonzern BHP: die **Gewinnbeteiligung** von einem Prozent der jährlichen Dividendenausschüttung und kürzere Arbeitstage.



ANNE-SOPHIE ZBINDEN UND JONAS KOMPOSCH

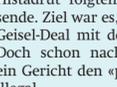
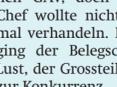
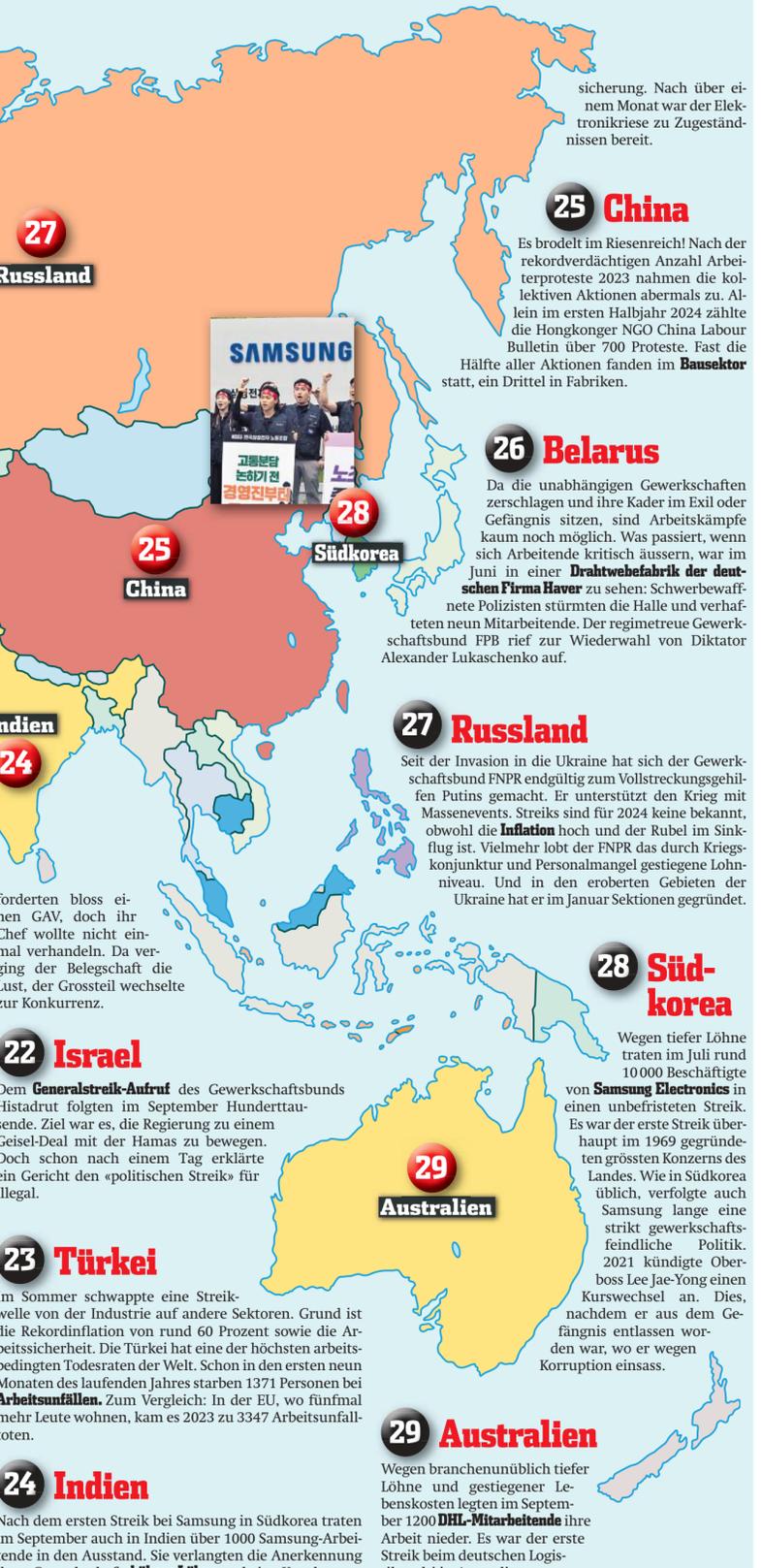
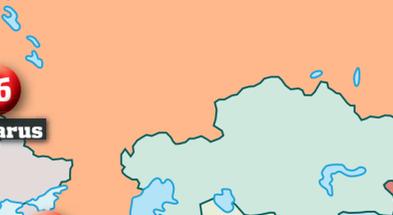
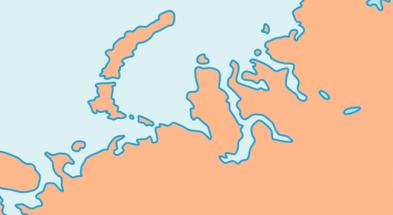
## 15 Färöer

Auf den Färöern legten im Mai **Matrosen, Docker und LKW-Fahrerinnen** die Arbeit nieder – total beteiligten sich 5000 Personen und damit 10 Prozent der Bevölkerung. Nach einem Monat ging der Insel das Benzin aus – und die Regierung bequeme sich an den Verhandlungstisch.



## 19 Schweden

Es ist der längste Streik seit 80 Jahren: Seit Oktober 2023 bestreikt die Gewerkschaft IF Metall alle **Servicegaragen des US-Autobauers Tesla**. Denn Besitzer Elon Musk weigert sich, über einen Gesamtarbeitsvertrag zu verhandeln –



sicherung. Nach über einem Monat war der Elektronikriese zu Zugeständnissen bereit.

## 25 China

Es brodelt im Riesenreich! Nach der rekordverdächtigen Anzahl Arbeiterproteste 2023 nahmen die kollektiven Aktionen abermals zu. Allein im ersten Halbjahr 2024 zählte die Hongkonger NGO China Labour Bulletin über 700 Proteste. Fast die Hälfte aller Aktionen fanden im **Bausektor** statt, ein Drittel in Fabriken.



## 26 Belarus

Da die unabhängigen Gewerkschaften zerschlagen und ihre Kader im Exil oder Gefängnis sitzen, sind Arbeitskämpfe kaum noch möglich. Was passiert, wenn sich Arbeitende kritisch äussern, war im Juni in einer **Drahtwebefabrik der deutschen Firma Haver** zu sehen: Schwerebewaffnete Polizisten stürmten die Halle und verhafteten neun Mitarbeitende. Der regimetreue Gewerkschaftsbund FPB rief zur Wiederwahl von Diktator Alexander Lukaschenko auf.

## 27 Russland

Seit der Invasion in die Ukraine hat sich der Gewerkschaftsbund FNPR endgültig zum Vollstreckungsgehilfen Putins gemacht. Er unterstützt den Krieg mit Massenevents. Streiks sind für 2024 keine bekannt, obwohl die **Inflation** hoch und der Rubel im Sinkflug ist. Vielmehr lobt der FNPR das durch Kriegskonjunktur und Personalmangel gestiegene Lohnniveau. Und in den eroberten Gebieten der Ukraine hat er im Januar Sektionen gegründet.

## 28 Südkorea

Wegen tiefer Löhne traten im Juli rund 10 000 Beschäftigte von **Samsung Electronics** in einen unbefristeten Streik. Es war der erste Streik überhaupt im 1969 gegründeten grössten Konzern des Landes. Wie in Südkorea üblich, verfolgte auch Samsung lange eine strikt gewerkschaftsfeindliche Politik. 2021 kündigte Oberboss Lee Jae-Yong einen Kurswechsel an. Dies, nachdem er aus dem Gefängnis entlassen worden war, wo er wegen Korruption einsass.

## 29 Australien

Wegen branchenunüblich tiefer Löhne und gestiegener Lebenskosten legten im September 1200 **DHL-Mitarbeitende** ihre Arbeit nieder. Es war der erste Streik beim deutschen Logistikmulti in Australien.

eine Kriegserklärung ans schwedische Wirtschaftsmodell, in dem über 90 Prozent der Beschäftigten einem GAV unterstehen.

forderten bloss einen GAV, doch ihr Chef wollte nicht einmal verhandeln. Da verging der Belegschaft die Lust, der Grossteil wechselte zur Konkurrenz.

Mehr als 300 Arbeiter der **Diamantenmine** RZM Murowa sind nach zwei Monaten ohne Lohn im Oktober in den Streik getreten. Das Unternehmen war voll ausgelastet, hat den Beschäftigten aber weder Lohn noch andere Leistungen bezahlt.

## 20 Schweiz

Nach der Ankündigung der Schliessung der Glasrecycling-Fabrik **Vetropack** in Saint-Prex VD traten die Arbeiterinnen und Arbeiter in einen siebenstägigen Streik und forderten einen Sozialplan, der diesen Namen verdient. Sie erkämpften sich höhere Abfindungen, Unterstützung bei der Jobsuche sowie die Möglichkeit zur frühzeitigen Pensionierung.

Im Juli legten **Pflegende**, Assistenzärztinnen und -ärzte im ganzen Land die Arbeit nieder. Sie verlangten 15 Prozent mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Und was tat der Präsident, an den sich die Forderungen richteten? Er flog auf die Bahamas.

## 17 Malawi

Im Juli legten **Pflegende**, Assistenzärztinnen und -ärzte im ganzen Land die Arbeit nieder. Sie verlangten 15 Prozent mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Und was tat der Präsident, an den sich die Forderungen richteten? Er flog auf die Bahamas.

## 18 Südafrika

Ganze 11 Wochen streikten Arbeiterinnen und Arbeiter bei der Schleckzeug-Firma «Mister Sweets». Danach wurde der Streik Anfang November abgebrochen. Die Streikenden erkämpften sich **5 bis 7 Prozent Lohnerhöhungen**.

Tagelang streikte die Belegschaft von **Micarna** in Ecublens VD. Weil die Migros die Fleischfabrik schliessen und die Arbeitenden billig schassen will. Der vorgeschlagene Sozialplan ist schäbig, und der orange Riese weigert sich, mit der Unia zu verhandeln, obwohl diese von den Búezerinnen und Búezern mandatiert ist.

## 21 Deutschland

Fast ein halbes Jahr lang verharteten 100 «**Schrotter**» der Recyclingfirma SRW Metallfloat bei Leipzig im Streik. Sie

Bemerkenswert offenes Interview von Diana Gutjahr in der «Gewerbezeitung»

# Diese SVP-Nationalrätin will das Arztgeheimnis abschaffen

**Diana Gutjahr führt als Erbin ein KMU und sitzt für die Thurgauer SVP im Nationalrat. Sie möchte das Arztgeheimnis gegenüber den Arbeitgebern aufheben und am liebsten selbst entscheiden, ob Mitarbeitende krank sind oder nicht.**

CLEMENS STUDER

«Wir müssen die Ursachen anpacken», ist ein Interview überschrieben, das unlängst in der «Schweizerischen Gewerbezeitung» erschienen ist. Das tönt so anpackend, wie wir Gewerkerinnen und Handwerker gerne sehen. Zum Beispiel, wenn die Kellerwände durchnässt sind oder sich ein Schimmelpilz im Badezimmer ausbreitet. Doch Gutjahr geht es nicht darum, sondern um kranke Mitarbeitende. Auch das tönt lobenswert.

## Gutjahr will keine obligatorische Krankentaggeldversicherung.

Denn schliesslich sind immer mehr Lohnabhängige Arbeitsbedingungen ausgesetzt, die krank machen. Doch Gutjahr geht es um etwas anderes: Ihr scheint, dass die Lohnabhängigen verweichlicht sind und sich um die Arbeit drücken. Ärztinnen und Ärzte leisten Beihilfe dazu, weil sie «ihre Untersuchungen vollständig abrechnen» können. So die Gutjahr-Diagnose. Und: «Mir kommt es so vor, als dass wir Unternehmer noch die einzigen sind, die (...) daran interessiert sind, dass die Kosten nicht vollständig aus dem Ruder laufen.»

### WELCHE STUDIEN?

Ganz besonders ärgert sich Gutjahr über Menschen, die wegen psychischer Probleme krank geschrieben sind. Denn, so Gutjahr, «wenn Personen psychisch angeschlagen sind, lässt sich das nur zu einem kleinen Teil auf die Arbeit – wenn überhaupt – zurückführen. Das besagten auch Studien.» Um welche Studien es sich handelt, führt Gutjahr nicht aus. Sicher nicht meinen kann sie die neuste Europäische Erhebung über die Arbeitsbedingungen (EWCS). Diese ist letztes Jahr erschienen. Die repräsentativen Zahlen aus der Schweiz lieferten das bekanntlich nicht im Verdacht der Lohnabhängigen-Freundlichkeit stehende Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und die Eidgenössi-



**GEFÄHRLICHE IDEE: KMU-Erbin und SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr glaubt, als Arbeitgeberin könne sie einem erkrankten Mitarbeiter besser helfen als eine Ärztin.** FOTO: KEYSTONE

sche Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (Ekas). Die Studie zeigt unter anderem:

- Mehr als die Hälfte der Schweizer Arbeitnehmenden sind berufsbedingten psychosozialen Risiken und weiteren Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Das sind fast doppelt so viele wie noch vor 20 Jahren.
- 59 Prozent der Arbeitnehmenden leiden oft oder immer unter hohem Arbeitstempo und 52 Prozent unter Termindruck. Das ist deutlich mehr als im europäischen Durchschnitt (49 und 47 Prozent).
- Eine Mehrheit der Schweizer Angestellten berichtete zudem von Belastungen für den Bewegungsapparat (55 Prozent), was wiederum unter dem europäischen Durchschnitt von 66 Prozent liegt.

### «GEWERBENAHE ÄRZTE»

Was also meint Gutjahr, wenn sie «die Ursachen anpacken» will? Gesundere Arbeitsbedingungen etwa? Nein, das dann doch nicht. Gutjahr's Lösung: Das Arztgeheimnis soll gegenüber Arbeitgebern nicht mehr gelten. Oder in den Worten der SVP-Nationalrätin: «Ich denke, die ärztliche Schweigepflicht gegenüber dem Arbeitgeber sollte ein Stück weit gelockert werden – so in der Art einer «arbeitsplatzbezogenen Schweigepflichtentbindung.» Und überhaupt: «Ärzte vergessen teilweise, dass die Arbeitgeber am nächsten am Arbeitnehmer dran sind. Generell sollte das Zusammenspiel verbessert werden. Mit gewerbenahen Ärzten funktioniert das gut.»

Wie sich solche Gutjahr'schen Zweitdiagnosen auswirken würden, lässt sich nur erahnen. Immerhin anhand eines Beispiels, das Gutjahr selber liefert: Ein Mitarbeiter erkrankte an Krebs und fiel darum «mehrere Monate» aus. War aber danach – so die Gutjahr-Diagnose – «körperlich wieder gesund». Doch er «bekam durch die Krankheit auch psychische Probleme». Offensichtlich so ernsthafte, dass er deswegen arbeitsunfähig blieb, wie ein Psychiater feststellte. Doch Gutjahr zweifelt die Diagnose offenbar an und hätte eher «eine Tagesstruktur» in ihrer Firma verschrieben. Darum kündigte sie schliesslich dem Mitarbeiter beziehungsweise «ich musste ihm kündigen, so leid es mir tat».

Übrigens: Das alles erzählt Gutjahr, weil sie keine obligatorische Krankentaggeldversicherung will. Denn wenn weder ein GAV noch ein individueller Arbeitsvertrag eine Krankentaggeldversicherung vorsieht, kommen die Arbeitgeber sehr billig weg: selbst nach zehn Dienstjahren haben Lohnabhängige höchstens Anspruch auf vier Monate Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

### NATIONALRAT FÜR OBLIGATORIUM

Eine Motion der Mitte, die eine obligatorische Krankentaggeldversicherung fordert, hat der Nationalrat im September gegen den Willen des Bundesrates und jenen von SVP, FDP und GLP überwiesen.

## Gutjahr & die Lernenden «Stolz sein» statt mehr Lohn

**SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr hat nicht nur in Sachen Arztgeheimnis sehr spezielle Ansichten. Auch zum Umgang mit Lernenden hat sie ganz eigene Ideen. Der SGB hat dafür eine klare Forderung.**

Als die Coop-Tochter Bell mit besseren Arbeitsbedingungen und vor allem höheren Löhnen (erfolgreich) um künftige Stiftninnen und Stifte warb, fand KMU-Erbin Gutjahr das gar nicht gut. «Lohnerhöhungen sind Fehlansätze», sagte sie dem Onlineportal Nau. Und: «Gemeinsam etwas erlernen und Gelerntes als Oberstift weitergeben, das macht Stolz. Stolz kann nicht monetär abgelingen werden.»

Die Realität: Die Statistiken zeigen eine besorgniserregend hohe Anzahl Lehrvertragsauflösungen. Viele Lehrstellen bleiben offen, weil die Bewerberinnen und Bewerber fehlen. Das hohe Arbeitspensum im Betrieb in Kombination mit den hohen Anforderungen der Berufsfachschule belastet Berufslernende stark. Kurz: Das System der dualen Berufsbildung, auf das die Schweiz so stolz ist, steckt in der Krise.

Im vergangenen Sommer wollte die Unia genau wissen, wie es den Lernenden geht. Und hat 1100 Lernende dazu befragt. Die Ergebnisse ([rebrand.ly/druck-in-der-lehre](https://rebrand.ly/druck-in-der-lehre)) sind besorgniserregend: 92,4 Prozent der Lernenden sind am Arbeitsplatz gestresst. 27,9 Prozent der Frauen erleben sexuelle Belästigung im Lehrbetrieb. Félicia Fasel, nationale

### Das System Berufslehre steckt in der Krise.

Jugendsekretärin der Unia, sagte dazu: «Diese Ergebnisse zeigen: den Lernenden in der Schweiz geht es nicht gut. Deshalb fordern wir, dass Lernende in Gesamtarbeitsverträgen mehr berücksichtigt werden müssen!»

Dieser Meinung sind auch die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Sie haben an ihrer Delegiertenversammlung eine Resolution verabschiedet ([rebrand.ly/resolution-lernende](https://rebrand.ly/resolution-lernende)). Nach einer klaren Analyse der Situation der Schweizer Berufsbildung fordert diese 8 Wochen Ferien für alle Berufslernenden. Via Gesetz oder GAV. (cs)

INSERAT

**FÜR LOHNSCHUTZ - GEGEN SCHWARZARBEIT**

**ZÄMME, ENSEMBLE, INSIEME, GEMEINSAM, TOGG**

Informations- und Präventionskampagne der Arbeitsmarktkontrolle für das Baugewerbe → Mit Unterstützung des Kantons Basel-Landschaft



**BROMANCE:** Emmanuel Macron lässt am Richtfest der Notre-Dame Donald Trump zwischen ihm und seiner Frau Brigitte Platz nehmen. FOTO: KEYSTONE

Frankreich: So hängen die Krisen in Politik, Service public und Industrie zusammen

# Macrons Krönung wird zum Requiem

**Präsident Emmanuel Macron zerlegt die Demokratie. 300 000 Arbeitsplätze sind bedroht. Gewerkschaften und Gesellschaft machen mobil.**

OLIVER FAHRNI

Das Richtfest der neuen Notre-Dame de Paris am 7. Dezember sollte zur Krönung Emmanuel Macrons werden. Hier hatte sich Napoleon Bonaparte im Dezember 1802 eigenhändig die Kaiserkrone aufgesetzt, geweiht vom Papst. Heute strahlt die 2019 abgebrannte Pariser Kathedrale in frischem Glanze. Doch Macrons Krönung wurde zum Requiem: Vierzig geladene Staats- und Regierungschefs, zahllose Milliardäre, der Klerus in Designer-Soutanen und viel monarchistisches Gepränge konnten die akute

**Der französische Staat ist für das Kapital zum offenen Kassenschrank geworden.**

politische, soziale und wirtschaftliche Misere des Landes nicht mehr verdecken. Zwei Drittel der Bevölkerung wollen Macron so schnell wie möglich aus dem Elysée-Palast vertreiben. Einer fehlte in der Notre-Dame. Papst Franziskus tauschte sich auf Korsika lieber über «Volksgläubigkeit» aus in Napoleons Geburtsstadt Ajaccio. Subtiler Wink mit dem Hirtenstab. «Ehrengast» Donald Trump (mit Musk) hingegen war da, in der vordersten Reihe.

**SCHON 220 TAGE STREIK**

Während Macron die alte Bromance mit Trump zelebrierte, bezog im Nordosten von Paris eine Spätschicht Autobüezer ihr Streikpikett. Mehr als 220 Tage schon halten sie ihre Fabrik in Aulnay-sous-Bois besetzt. MA France arbeitete für Stellantis (Peugeot, Fiat, Opel usw.) und Renault. Im Frühling erfuhr die Belegschaft von ihrer Liquidation, künftig soll in der Türkei produziert werden. Um ihre Ansprüche zu sichern, nahmen die Arbeitenden Maschinen und Werkzeuge als «Geiseln»: «Keine Schraube verlässt die Werkhalle!» Ein verzweifelter Konflikt. Zwei Metaller haben versucht, sich umzubringen, einer übergoss sich mit Benzin, Kollegen verhinderten die Selbstverbrennung. Viele haben ihren Familien immer noch nicht eröffnet, dass sie keinen Job mehr haben.

Am 5. November war auch der Öffentlichkeit schlagartig klar geworden, wie es um Frankreich steht: Michelin und der Detailhändler Auchan gaben am selben Tag die Zerstörung von 3654 Arbeitsplätzen bekannt. Beide machen Milliardenprofite. Michelin, global Nummer zwei bei den Pneus, hat viele Millionen staatlicher Subventionen kassiert, offenbar ohne Gegenleistung. Auchan brüstet sich mit 33 Milliarden Euro Umsatz und hat gerade 98 Läden der Casino-Gruppe übernommen. Seine Angestellten sind so schlecht bezahlt, dass sie sich die Lebensmittel, die sie verkaufen, nicht leisten können.

**300 000 JOBS WEG**

Quer durch fast alle Branchen schütten sich die Kapitalbesitzenden historische Dividenden aus und vernichten gleichzeitig Arbeit. Entlassungspläne («Sozialpläne» genannt) in 286 Konzernen listete die Gewerkschaft CGT auf. Bis Ende Jahr könnten 300 000 Jobs verloren sein.

In 200 Städten sind Arbeitskämpfe entbrannt. Nicht allein in der Industrie wird um Arbeit gerungen. Bähnlerinnen, Lehrer, Ärztinnen und Pfleger, Pöstlerinnen, Taxifahrer waren Anfang Dezember im Streik. Lara arbeitet in einem Marseiller Spital: «Nichts geht mehr. Macron hat uns die Mittel aus der Hand geschlagen, unsere Arbeit zu tun. Schwierig war es schon während Covid, doch jetzt ist Schluss.»

Wie hängen die Krisen in der Politik, im Service public und in der Industrie zusammen? Kurz vor Macrons missglückter Krönung war sein Regierungschef über den Versuch gestürzt, ein brutales Sparbudget durchzuwürgen. Frankreich ist hoch verschuldet, sein Defizit ist doppelt so hoch, als die EU erlaubt. Eigentlich kein Problem, denn das Finanzkapital ist gierig auf die französischen Staatsanleihen und die schönen Zinsen.

Vor allem aber hat Macron das Defizit und den Sparzwang bewusst herbeigeführt. Zum einen hat er die Einnahmen verringert, indem er die Steuern und Sozialabgaben der Konzerne und der Superreichen scharf senkte. Zum anderen heizte er die Ausgaben an, indem er denselben Konzernen allein 2023 mehr als 260 Milliarden Euro zuschob. Sagt der offizielle Rechnungshof: Der französische Staat ist für das Kapital zum offenen Kassenschrank geworden, in dem es sich nach Belieben an den Steuern bedienen

kann. Nicht Schulen, Gesundheit, öffentlicher Verkehr, Renten und Sozialgeld lassen das Defizit explodieren, sondern die Geschenke des früheren Bankers Macron an das Kapital.

So steht es im neoliberalen Strategiebuch: Willst du den Service public und die sozialen Sicherheiten zerschlagen, um das Volk ungeschützt den Zumutungen des Kapitals auszuliefern, schaffe ein riesiges, künstliches Defizit. Unter Macron wuchsen die Schulden um rund 800 Milliarden.

**NEOLIBERALER BANKROT**

Nur erwies sich dabei das Mantra der Neoliberalen einmal mehr als Rosstäuscherei. Gehe es dem Kapital gut, sagen sie, schaffe es Jobs und Kaufkraft. Tut es nicht. Es nimmt das öffentliche Geld und rennt. Dieser Plünderkapitalismus erklärt die extreme Bereicherung der wenigen und die explodierenden Ungleichheiten.

Hohe Gewinne sind das Vorspiel für Entlassungen und Fabrikschliessungen geworden – perverse Ökonomie. Macrons Gerede von «Re-Industrialisierung» und «Re-Lokalisierung» erweist sich als leere Propaganda.

Mit diesem sozialen Abriss wollen die Französischen und Franzosen brechen. Zuletzt haben sie das bei Neuwahlen im Sommer klagemacht. Mit einer riesigen Mobilisierung erzwangen sie den Wahlsieg der

**Macron hat das Defizit und den Sparzwang bewusst herbeigeführt.**

links-grünen «Neuen Volksfront» (NFP). Wäre Macron ein Demokrat, hätte er nun die NFP-Spitzenkandidatin Lucie Castets mit der Regierung betrauen müssen. Doch der Präsident liess die demokratische Maske fallen und sagte sinngemäss: In Frankreich dürfe niemand regieren, der dem Kapital nicht passe. Er machte, nach Billigung durch die Neofaschistin Marine Le Pen, einen Rechtsbürgerlichen zum Regierungschef, dessen Partei gerade auf 5 Prozent gekommen war.

Am 13. Dezember ersetzte er ihn durch einen Mitläufer, François Bayrou. Der dürfte diesen Tag bald verwünschen. Er erntet die Früchte des Zorns. Am 12. Dezember führen die Gewerkschaften ihre Mobilisierung mit Aktionen in 12 Städten scharf hoch. Eisenbahnerinnen und Stromer erwägen, das Land an Weihnachten lahmzulegen.



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## TOD IM MEER

Noch nie waren so viele Menschen auf der Flucht wie heute: 117 Millionen Migrantinnen und Migranten fliehen vor Konflikten, Gewalt oder Katastrophen. Weltweit sind 281 Millionen Menschen in der Migration. Die meisten Migrationsbewegungen sind regulär, sicher und regional ausgerichtet. Das schreibt die Uno-Migrationsbehörde (IOM) in ihrem neusten Bericht.

**ABSCHRECKUNG.** Das Recht auf Asyl ist ein in der Uno-Charta verbrieftes, universelles Menschenrecht. Wer in seinem Land bedroht ist und Gewalt erlebt, hat das Recht, in einem anderen Land Asyl zu beantragen. Ob der andere Staat das Asylgesuch annimmt, hängt von seiner eigenen Prüfung ab. Die Einreichung des Gesuches aber ist ein universelles Menschenrecht.

**Die Rückweisungsstrategie der EU ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.**

Frontex heisst die internationale Grenzschutzbehörde, welche die

Aussengrenzen der EU kontrolliert. Von der Schweiz erhält sie jährlich 61 Millionen Steuergeld. Schweizer Zöllnerinnen und Polizisten sind präsent in der Luft, auf dem Meer und an den europäischen Aussengrenzen, überall dort, wo Frontex ihre Abschreckungspolitik durchsetzt.

**TRAGÖDIE.** Die Frontex betreibt systematisch Pushbacks und Rückweisungen der Flüchtlinge. Sie fängt die Flüchtenden ab, bevor diese EU-Territorialgewässer erreichen können, oder hindert sie daran, in internationalen Gewässern einen Notruf abzusetzen. Die Rückweisungsstrategie der EU ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ein Beispiel: Am 26. Februar 2023 sichtet ein Frontex-Patrouillenflugzeug vor der kalabrischen Küste Italiens einen havarierten Kahn. Gegen hundert verängstigte, vor Kälte zitternde Menschen – darunter viele Kinder – aus Afghanistan, Syrien und Iran drängen sich auf dem dahintreibenden Boot. Das Frontex-Flugzeug zieht am düsteren Himmel seine Runden, fotografiert die Verzweifelten und fliegt dann weiter. Die europäische Küstenwache löst keinen Alarm aus, keine Rettungsaktion. Italienische Fischer finden später 76 Leichen, die im eiskalten Wasser treiben.

**BEDROHUNG.** Die kürzlich wiedergewählte EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen sieht in den Flüchtlingen eine «Bedrohung der europäischen Lebensweisen». Ihre Strategie ist klar: die rassistischen, rechtsextremen Bewegungen in Europa wachsen rasant. Um sie zu stoppen, muss die Zahl der Flüchtlinge gestoppt werden. Die Folgen dieser Politik sind tödlich. Frontex und seine Pushback-Politik ist eine Schande für Europa und für unser Land.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienen Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



**GEGEN SCHWARZARBEIT: Die neuen Walliser E-Badges.** FOTO: WBV/OLIVIER MAIRE

## Baustellen-Badge kommt Wallis führt Kontrollkarte ein

Im Wallis haben Baufirmen, Kanton und Gewerkschaften ein Kontrollinstrument gegen Lumpenbuden geschaffen.

JONAS KOMPOSCH

1,2 Milliarden Franken – so viel Geld wird im Wallis mit Schwarzarbeit umgesetzt – und dies Jahr für Jahr. Das schätzt die Kantonsregierung. Sie spricht von einem «besorgniserregenden Phänomen» und einer «Plage» für die Wirtschaft – und zieht jetzt neue Saiten auf: Zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und unlauterem Wettbewerb im Baugewerbe führt der Kanton aufs neue Jahr das System der E-Badges ein. Dabei handelt es sich um eine Plattform, die zeigt, ob eine Firma die geltenden Gesamtarbeitsverträge einhält und ob die Arbeitnehmenden korrekt gemeldet sind. Diese wiederum können prüfen, ob ihre Chefs sie bei den Sozialversicherungen angemeldet haben und ob sie die entsprechenden Prämien zahlen. Auch zeigt das System, ob die geltenden Sicherheitsvorschriften eingehalten werden. All dies können Baustellenkontrolleure künftig überprüfen, in dem sie die E-Badges scannen.

**DER URSPRUNG.** Entwickelt haben das neue System ursprünglich die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände. Nun ist es ihnen gelungen, auch den Kanton an Bord zu holen und das Ganze in eine öffentlich-private Partnerschaft auszuweihen. Der erklärte Wille der drei Player ist es, die Kontrolltätigkeit zu vereinfachen und effizien-

### Die Kontrolleure können künftig einfach die E-Badges scannen.

ter zu gestalten. Bisher war das Walliser Kontrollsystem nämlich ziemlich komplex: Beteiligt daran sind die Inspektoren der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz (DAA), die Kontrolleurinnen der paritätischen Berufskommissionen (PBK) und des Verbands zur Verstärkung von Baustellenkontrollen (VVBK), zudem die Auftraggeber sowie die Suva. Und jeder Akteur benutzte eigene Kontrollwerkzeuge. Das erschwerte den Austausch, und es kam zu Koordinationsproblemen. Mit dem gemeinsamen Projekt soll sich das ändern. Ob es auch gelingt?

**WALLISER SPEZIALLÖSUNG.** Technisch fusst E-Badges auf dem schweizweit etablierten Bau-Kontrollsystem ISAB. Allerdings geht das Walliser System noch einen Schritt weiter: Während ISAB primär auf Daten der paritätischen Kommissionen, also der Sozialpartner, beruht, stammen die Informationen bei E-Badges auch vom Staat (Ausländerrecht, Quellensteuer), der Suva (Sicherheitsvorschriften) und den Sozialkassen (Prämien). Zudem hat die Walliser Regierung das System für die Vergabe von kantonalen Bauaufträgen als Pflicht erklärt.

## Letzte Printnummer von «Horizonte», ab jetzt digital!

# Neue Horizonte für «Horizonte»



**BYE-BYE PRINTAUSGABE:** Die mehrsprachige «Horizonte»-Zeitung der Unia verlagert ihr Angebot komplett ins Internet. MONTAGE: WORK

### Die letzte in Print: Unsere spanisch-, portugiesisch-, serbokroatisch-, albanisch-, türkisch- und polnischsprachigen Lesenden finden heute zum letzten Mal die «Horizonte»-Zeitung im work. Die Unia-Migrationszeitung wird ab 2025 rein digital erscheinen.

CLAUDIO CARRER

Die Unia ist stolz auf ihre Mehrsprachigkeit. Eine grosse Anzahl von Mitgliedern haben einen Migrationshintergrund. Viele gehören der ersten Generation an, und ihre Muttersprache ist daher weder Italienisch,

die gewerkschaftliche Kommunikation in einer Sprache zu garantieren, die sie beherrschen. Dies ermöglicht es unseren Mitgliedern, Informationen zu erhalten. Und auch, sie zu verbreiten. An diese Menschen richtet sich die Unia-Migrationszeitung «Horizonte».

Nach einem Übergangsjahr, in dem einige «Horizonte»-Ausgaben noch in gedruckter Form erschienen, beschloss die Unia, die Zeitung in ein vollständig digitales Produkt umzuwandeln. Dies im Rahmen eines Projekts zur Umgestaltung der gewerkschaftlichen Kommunikation und Information, das für die in den drei Landessprachen von der Unia herausgegebenen Zeitungen (work, area, L'Événement syndical) Veränderungen in Richtung Multimedia vorsah.

#### AUF ZU DIGITALEN UFFERN

Hilmi Gashi ist Chefredaktor von «Horizonte». Er sagt: «Als Redaktion hätten wir uns eine längere Übergangszeit gewünscht, vor allem, um unsere Leserinnen und Leser, die älter und an Papier gewöhnt sind, nicht zu verlieren. Aber die Geschäftsleitung hat anders entschieden, und wir passen uns an.» Dennoch überwiegen für Gashi die Vorteile dieser Umstellung: «Als Produkt, das den Zeitungen der Unia angegliedert ist, war

«Horizonte» etwas versteckt. Eine Migrantin oder ein Migrant musste die Zeitung area, work oder L'Événement syndical öffnen, um Inhalte in der Muttersprache zu finden. Mit der Umstellung auf digitale Medien wird sich die Sichtbarkeit von «Horizonte» verbessern. Ausserdem können wir über das Internet ein breiteres Publikum erreichen. Also auch Menschen, die sich für die von «Horizonte» behandelten Themen interessieren, aber bisher keine Informationen erhalten haben, weil sie nicht Unia-Mitglied sind. Die Änderung ermöglicht es uns, unsere Inhalte über verschiedene Kanäle zu verbreiten: über das Internet, aber auch über die sozialen Netzwerke. Auf diese Weise sensibilisieren wir die Menschen für die Gewerkschaftsarbeit und versuchen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für uns zu gewinnen.»

«Horizonte» gibt's ab 2025 auf [horizonte.unia.ch](https://horizonte.unia.ch) (Newsletter-Anmeldung: [horizonte@unia.ch](mailto:horizonte@unia.ch)) und über den Facebook-Kanal [facebook.com/uniamigration](https://facebook.com/uniamigration)



**CHEFREDAKTOR VON «HORIZONTE»:** Hilmi Gashi.

FOTO: MATTHIAS LUGGEN

#### «HORIZONTE»

### UNIA WURDE ZUM VORBILD

Als Flaggschiff einer Gewerkschaft, die inklusiv und mehrsprachig sein will, ist «Horizonte» eine Zeitung, die anderen europäischen Gewerkschaften als Vorbild diente. Ihre Wurzeln hat sie in der gewerkschaftlichen Realität der 1980er und 1990er Jahre. Der ehemalige Unia-Co-Präsident Andreas Rieger erklärt im Interview im neuesten «Horizonte»: «Die Zehntausende von portugiesischsprachigen Mitgliedern, spanischsprachigen Mitgliedern usw., die sehr oft kein einziges Wort Deutsch lesen konnten, verlangten nach Informationen in ihrer Muttersprache. Zudem wollten die Sekretäre, die mit Migranten zu tun hatten, mit den Mitgliedern kommunizieren können. Daher die Halbsprachen in den verschiedenen Sprachen, die in den deutschsprachigen Zeitungen der damaligen Gewerkschaft Bau und Holz (GBH), später der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI), zu erscheinen begannen.

**AKTUELL.** Zuvor seien die Mitglieder hauptsächlich auf den Versammlungen, die damals viel häufiger stattfanden, in ihrer jeweiligen Sprache informiert worden, sagt Rieger. «Je nach Sektion und Berufsgruppe wurden die Einladungen auch in anderen Sprachen verfasst und eine Simultanübersetzung organisiert.» Rieger erinnert sich auch an die Entstehung von «Horizonte»: «Zunächst wurde die Idee diskutiert, es separat und nicht als Beilage zu den Zeitungen work, L'Événement und area zu versenden. Aber das wäre sehr teuer gewesen, da «Horizonte» nicht häufig genug erschien, um von der indirekten Presseförderung zu profitieren.» Und zur Umstellung auf digitale Medien: «Die Veröffentlichung von «Horizonte» war immer ein Grund zum Stolz. Aber laut Umfragen war die tatsächliche Leserschaft gering. Die Onlineinformation entspricht sicherlich besser dem gegenwärtigen Leseverhalten unserer Mitglieder, abgesehen von den älteren.»

## work1xl der wirtschaft

David Gallusser



## SO LITTEN DIE COIFFEUSEN UNTER DER GAV-LOSEN ZEIT

Ohne Gesamtarbeitsverträge (GAV) wären die Lohnfortschritte der letzten 25 Jahre nicht möglich gewesen. Es waren zwar die Gewerkschaften, die wiederholt höhere Mindestlöhne ausgehandelt haben. Nur dank den GAV konnten diese Mindestlöhne dann aber auch durchgesetzt werden. Wie wichtig GAV sind, zeigt eine neue Masterarbeit der Universität Bern\*. Die Arbeit hat mit Hilfe einer neuen GAV-Datenbank der Konjunkturforschungsstelle der ETH untersucht, wie sich die Mindestlöhne im Coiffeur-GAV auf die Löhne ausgewirkt haben. Dazu hat sie sich zunutze gemacht, dass Coiffeusen und Coiffeure zwischen 2007 und 2009 keinen GAV hatten. Die Unia machte damals Druck, um die Mindestlöhne anzuheben. Der Mindestlohn für Ungelernte lag 2006 noch bei beschämenden 1120 Franken (mal 12, auf eine 43-Stunden-Woche!)

\* Roth, Karin (2024): **Beyond the Bargain.** Collective Agreement Suspension and its Impact on Wages in the Hairdressing Industry, Masterarbeit, Universität Bern.

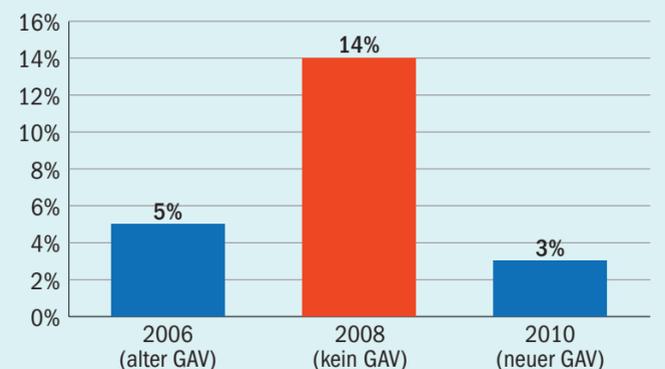
Weil sich die Patrons nicht bewegten, kam es zu keinem neuen Vertrag. Der alte GAV mit seinen tiefen Mindestlöhnen verlor seine Gültigkeit.

**TIEFERE LÖHNE OHNE GAV.** Viele Arbeitgeber nutzten in der Folge die mindestlohnfreie Zeit, um die Löhne weiter zu drücken. Das zeigt die Arbeit eindrücklich. Der Anteil der gelernten Coiffeure und Coiffeusen mit Löhnen unter 2880 Franken, dem alten Mindestlohn für Gelernte, stieg in kurzer Zeit von 5 auf 14 Prozent an (vgl. Grafik). Besserung gab es erst mit dem neuen GAV. Auf 2009 einigten sich die Gewerkschaften und die Patrons auf einen Vertrag mit besseren Mindestlöhnen. Auch der Abschluss des neuen GAV zeigte schnell Wirkung. Der Anteil der gelernten Coiffeusen und Coiffeure unter dem alten Mindestlohn sank bis 2010 wieder auf 3 Prozent.

**UMDENKEN.** GAV-Mindestlöhne bieten einen wirksamen Schutz gegen unten. Das gilt nicht nur für Arbeitnehmende, sondern auch für die Arbeitgeber.

### Ohne GAV nehmen Tiefstlöhne massiv zu

Anteil aller gelernten Coiffeusen und Coiffeure mit Löhnen unter 2880 Franken, dem Mindestlohn für Gelernte aus dem GAV von 2006



Ohne Mindestlöhne wird der Wettbewerb über die Löhne ausgetragen. Das schadet Betrieben, die auf Qualität setzen. In der Coiffeurbranche hat auch deshalb ein Umdenken stattgefunden. Die Sozialpartner haben die Mindestlöhne wiederholt angehoben. Heute verdienen Gelernte mindestens

4000 Franken. Das ist mehr als noch vor 15 Jahren – und trotzdem immer noch deutlich unter den 5000 Franken, die Gelernte in diesem Land eigentlich verdient hätten.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

QUELLE: ROTH (2024) / DIE VOLKSWIRTSCHAFT

Zum Tod des Arbeiterfilmemachers Alvaro Bizzarri (1934 – 2024)

# Er gab den Saisonniers eine Stimme

**Alvaro Bizzarri brachte schonungslos die Kehrseite des Saisonierstatuts auf die Leinwand. Jetzt ist er verstummt. Für Filmemacher Samir war er Vorbild und Inspiration. Für seinen eigenen Film hat Samir ihn regelmässig in Italien besucht, wo er bis zuletzt die Baustelle vor seiner Wohnung filmte. Eine Würdigung.**

SAMIR\*

Anfang der siebziger Jahre, ich war 16 Jahre alt, ging ich in ein provisorisch eingerichtetes Kino im Hinterzimmer eines Restaurants. Es lief der Film

**Lo Stagonale.** In diesem Schwarzweissfilm des italienischen Arbeiterfilmemachers Alvaro Bizzarri aus Biel spielten migrantische Arbeiter ihre eigene Geschichte. Ich war begeistert.

Die meisten italienischen Arbeiterinnen und Arbeiter, die ich kannte, waren in den Colonie libere organisiert, die sich um die Alltagsprobleme der italienischen Migration kümmerte. Daneben gab es aber auch kulturelle Veranstaltungen wie zum Beispiel einen Filmclub, der Alvaros Filme zeigte.

## FILME SIND POLITIK

**Lo Stagonale** wurde in der ganzen Schweiz gezeigt, und die Emotionen gingen hoch. Dieser Film war für mich der Beweis, dass Filmemachen auch ein politischer Prozess ist. Ich war damals Schriftsetzerlehrling, und in meiner Freizeit engagierte ich mich in der Druckereigewerkschaft. Aber mein heimlicher Traum war schon damals, Filmemacher zu werden. Es schien mir aber unmöglich. Erstens, weil es keine Filmschulen gab in der Schweiz, und zweitens hatte ich mit einem irakischen Pass keine Chance, im Ausland zu studieren. Und nun sass ich in einem verrauchten Saal mit Dutzenden von Arbeiterinnen und Arbeitern und schaute den Film, den Alvaro mit Hilfe einer Amateurkamera auf Super 8 gedreht hatte. Ich war beeindruckt. Ein einfacher Werktätiger hatte es geschafft, ohne finanzielle Mittel und dank der Unterstützung der italienischen Migrantenorganisationen einen Spielfilm zu drehen und unter die Leute zu bringen. Von da an wusste ich, es gibt keine Ausrede mehr, warum ich nicht Filmemacher werden könnte.

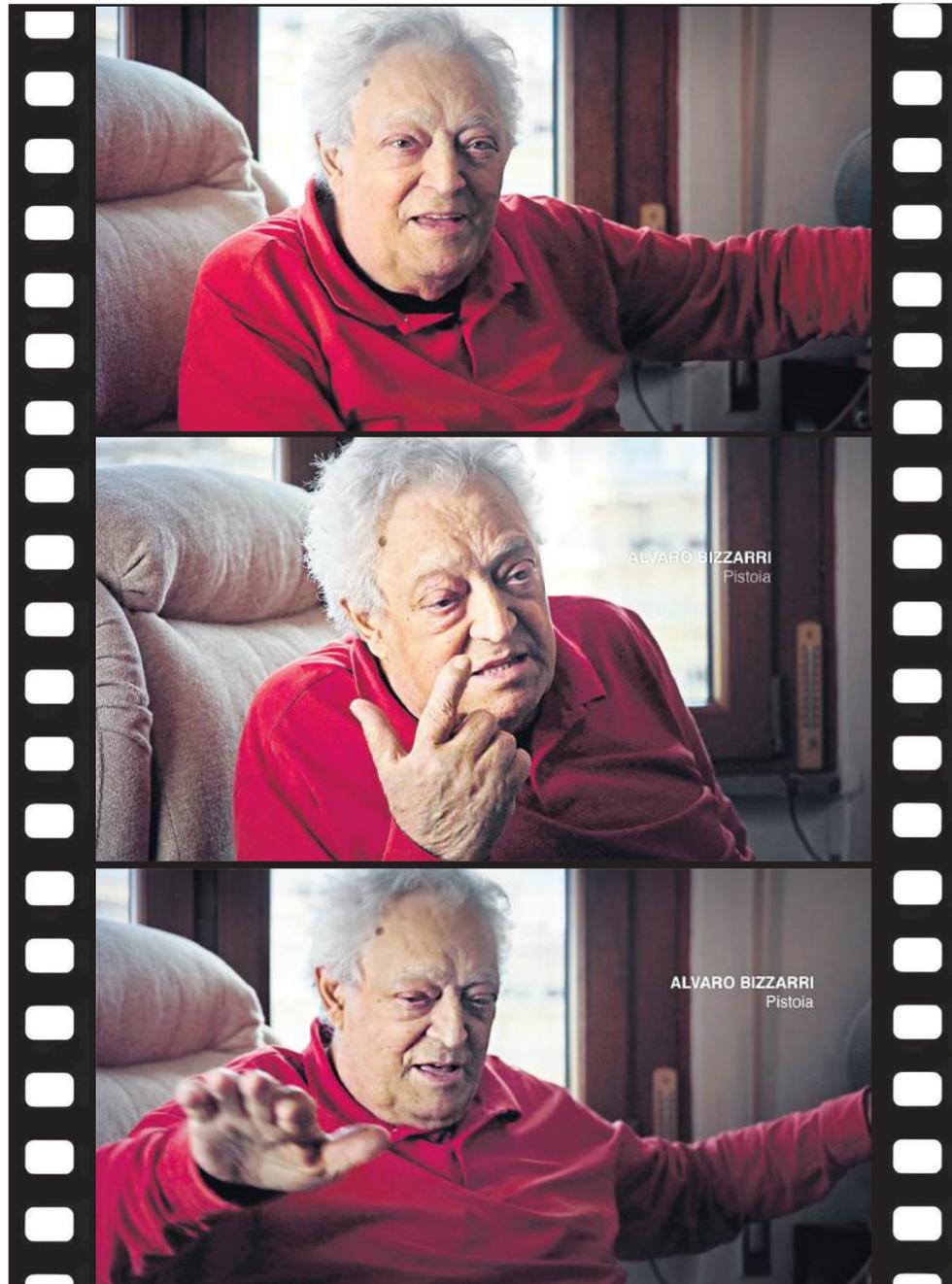
Im Film **Lo Stagonale** geht es um den italienischen Saisonier Giuseppe, der als Maurer in der Schweiz arbeitet. Als seine Frau in Italien stirbt, bleibt ihm nichts anderes übrig, als seinen sechsjährigen Sohn zu sich zu holen. Doch dies ist verboten. Kinder von Saisoniers hatten kein Recht auf Aufenthalt. So muss sich der Bub in der Wohnung verstecken und lebt mit der ständigen Angst, entdeckt zu werden und die Schweiz verlassen zu müssen.

## KEHRSEITE DER MEDAILLE

In den darauffolgenden Jahren verpasste ich keinen seiner Filme. 1974 kam sein nächster Dokumentarfilm: **Rovescio della medaglia** (Die Kehrseite der Medaille). Darin zeigte er eindrücklich das elende Leben der migrantischen Bauarbeiter, er filmte sie in ihren windigen Brettverschlägen auf dem Bühler-Areal in Biel. Er gab ihnen eine Stimme. Diese Baracken gibt es heute noch, Denkmal eines unrühmlichen Stückes Schweizer Geschichte (work berichtete: [rebrand.ly/denkmal-der-schande](https://rebrand.ly/denkmal-der-schande)).

1977 sah ich seinen Film **Pagine di vita dell'emigrazione** (Eine Seite des Migrantenlebens) am Filmfestival von Locarno. Und später eine Wiederaufführung seines ersten Filmes von 1970, **Il Treno del Sud** (Der Zug in den Süden), in dem er linke italienische Aktivisten in einem Zug voller roter Fahnen zu den Wahlen nach Italien begleitet. Sie er-

\* Samir ist 1955 in Bagdad, Irak, geboren. 1961 kam er in die Schweiz. Er absolvierte eine Lehre als Typograph, engagierte sich gewerkschaftlich, arbeitete als Kameramann und begann dann, seine eigenen Filme zu realisieren. Unter seiner Regie entstanden eine Vielzahl von Serien und Fernsehfilmen. Seine neueste Doku ist «Die wundersame Verwandlung der Arbeiterklasse in Ausländer».



REICH AN ANEKDOTEN: Alvaro Bizzarri im neusten Film von Samir. FOTO: DSCHOINT-VENTSCHR.FILMPRODUKTION

zählen im Film von ihren Hoffnungen und ihrem Einsatz für eine bessere Welt. Auch da gab er diesen Menschen eine Stimme.

## MODERNE KAMERA

In den Recherchen für meinem Film über die Geschichte der italienischen Migration in den 1960er und 1970er Jahren, **La prodigiosa trasformazione della classe operaia in stranieri** (Die wundersame Verwandlung der Arbeiterklasse in Ausländer, work berichtete: [rebrand.ly/samir-film](https://rebrand.ly/samir-film)), besuchte ich Alvaro in seiner Wohnung bei Florenz, wo er seit 30 Jahren mit seiner Frau Kathy lebte, einer Schweizerin. Auch wenn er körperlich nicht mehr so fit war, empfing er mich in seinem Arbeitszimmer mit den neusten Kameras und einem modernen digitalen Schnittplatz. Er filmte aus seinem Fenster die Arbeiter auf der Baustelle auf der anderen Strassenseite. Alvaro war von ausgesuchter Höflichkeit und erzählte unzählige Anekdoten aus seinem Filmerleben. So zum Beispiel vom Filmfestival in Moskau. Dort lud ihn der Schweizer Botschafter zum Essen ein, was Alvaro sehr amüsierte. Denn seinen Film hatte er ja ohne Unterstützung der Eidgenossenschaft produziert. Noch mehr erstaunt war der Botschafter, als er erfuhr, dass Alvaro gar keinen Schweizer Pass besass, sondern als Italiener die Schweiz am Festival vertrat.

In meinem Film erzählt er, wie ein künstlerisches Werk die politische Geschichte beeinflussen kann: Für das Ende von **Lo Stagonale** drehte er eine kleine Demo mit seinen Freundinnen und Freunden in Biel. Einige Leute tragen in dieser Szene Transparente. Darauf steht: Es ist ein Menschenrecht, dass jedes Kind mit seinen Eltern aufwachsen darf. Der Film wühlte die Menschen so auf, dass die italienischen Migrantenorganisationen eine grosse De-

## Sein Leben, seine Werke



FOTO: ZVG

Am 5. Dezember 2024 verstarb der Filmemacher Alvaro Bizzarri im Alter von 90 Jahren. Er kam als migrantischer Arbeiter Mitte der 1950er Jahre nach Biel, wo er zuerst als Schweisser arbeitete. Fasziniert vom Film, begann er Mitte der 1960er Jahre, sich selbst das Filmemachen beizubringen.

**AUSGEZEICHNET.** In seinen Dokumentationen und Spielfilmen thematisierte Bizzarri oft das Leben von Migranten und Arbeiterfamilien. Seine Filme, die eine Brücke zwischen Italien und der Schweiz schlagen, sind ein bedeutendes Zeugnis seiner sozialen und politischen Sensibilität. Er wurde für zahlreiche Werke auf internationalen Filmfestivals ausgezeichnet und hinterlässt ein beeindruckendes filmisches Vermächtnis, das viele Filmemacher inspiriert hat.

monstration in Bern organisierten. Es war die erste grosse Demonstration für die Rechte der Saisoniers und ihrer Familien. Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter aus der ganzen Schweiz nahmen teil. Alvaro filmte diese Demo und schnitt die Bilder danach als kraftvollen Abschluss in seinen Film ein.

Alvaros Filme wurden inzwischen von der Cinémathèque restauriert, und die Soziologin Morena La Barba kümmert sich um seinen Nachlass und hat ein Buch über sein Leben geschrieben. Ich hoffe, dass an den Filmschulen sein Leben und seine Filme als Vorbild für die junge Generation erhalten bleiben.

3sat-Doku

## Schweiz als Zuwanderungsparadies?

Die Schweiz ist das Land mit der höchsten Arbeitszuwanderung, dem grössten Bevölkerungswachstum und entsprechend mit einer der multikulturellsten Gesellschaften Europas. Es ist klar: Ohne migrantische Arbeitskräfte stünde die reiche Schweiz und ihre brummende Wirtschaft sofort still. Logisch auch, dass dies zu Herausforderungen führt. Und zu billigen politischen Polemiken. Das Migrationsthema ist ein helvetischer Polit-Dauerbrenner. Und diesem geht der Zürcher Filmemacher Beat Häner in seinem neuen Dokfilm auf die Spur. Dafür hat er viele Interviews geführt. Etwa mit eingewanderten Büzern, der Migrationshistorikerin Francesca Falk, Unia-Präsidentin Vania Alleva oder SVP-Nationalrat Thomas Matter.

Zuwanderungsparadies Schweiz – zwischen wirtschaftlichem Erfolg und Begrenzungsdebatte, von Beat Häner, 2024, 51 Minuten, online unter [rebrand.ly/3satdok](https://rebrand.ly/3satdok).

Einbrecher-Comic

## Die Arbeiter der Nacht

Aus Armut heuerte Alexandre Marius Jacob (1879–1954) schon als Kind als Schiffsjunge an. Dadurch kam der junge Franzose weit herum. Und während der harten Arbeit auf See entwickelte er eine starke anarchistische Überzeugung. Zurück in Frankreich, engagierte sich Jacob in der Arbeiterbewegung. Doch Zeitungen, Propaganda und Druckereien benötigten viel Geld. Jacob und seine Genossen entwickelten die Idee des «wissenschaftlichen Einbruchs». Mit Recherche, Statistik und modernsten Einbruchstechniken erleichterten sie fortan die Pariser Bourgeoisie um ihre Reichtümer. Die Presse betitelte die Jacob-Bande bald als «Arbeiter der Nacht». Und jetzt hat der Wiener Verlag Bahoe Books dem legendären Einbrecher einen schönen Comicband gewidmet.

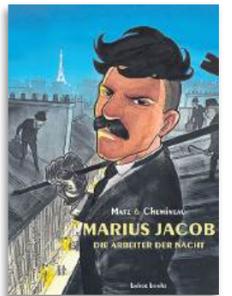


FOTO: ZVG

Marius Jacob – **Die Arbeiter der Nacht**, von Léonard Chemineau und Matz, aus dem Französischen von Anna Baer, Bahoe Books, Wien 2024, Hardcover mit Fadenheftung, 128 Seiten, etwa 30 Franken.

Rekordsammlung

## Neue Initiative für «Kovi»

Nachdem die EU Ende Mai ein Konzernverantwortungsgesetz verabschiedet hat, ist die Schweiz bald das einzige europäische Land ohne Konzernverantwortung. Im Abstimmungskampf über die «Kovi» 2020 versprach der Bundesrat ständig, «international abgestimmt» bleiben zu wollen. Doch jetzt tut er nichts. Deshalb lanciert die Koalition für Konzernverantwortung, darunter auch die Unia, am 7. Januar 2025 eine neue Initiative. Für ein starkes Signal gleich zu Beginn will die Koalition die nötigen 100'000 Unterschriften in nur 30 Tagen sammeln. Unterzeichnen kann man via Kovi-Homepage. Dort finden sich auch etliche interessante Artikel sowie drei Gratisfilme zum Thema.

Jetzt anmelden für den Unterschriften-Sammelrekord ab 7. Januar – unter [www.konzernverantwortung.ch](https://www.konzernverantwortung.ch).



**Das offene Ohr**

Marina Wyss von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

## Gratifikation: Kann ich diese einfordern?

Meine Cousine hat mir erzählt, dass sie in ihrem Betrieb auf das Jahresende hin eine Gratifikation von 500 Franken erhalte, welche die Leistungen ihrer Belegschaft im 2024 honoriere. Ich habe noch nie eine Gratifikation erhalten und mich gefragt, ob ich eine solche am Mitarbeitergespräch einfordern solle, da ich viele Überstunden geleistet und auf diese Weise mein Unternehmen sehr unterstützt habe. Habe ich Anspruch auf eine Gratifikation?

**MARINA WYSS:** Nein, wenn eine solche nicht verabredet bzw. im Vertrag nicht vorgesehen ist, besteht kein Anspruch auf eine Gratifikation. Das Obligationenrecht definiert eine Gratifikation als eine Sondervergütung, die zu bestimmten Anlässen



**GELD ZUM JAHRESENDE:** Manche Betriebe belohnen die Mitarbeitenden mit einem Bonus. Anders als beim 13. Monatslohn ist dieser jedoch eine freiwillige Auszahlung. FOTO: ADOBE STOCK

wie Weihnachten oder Ende des Geschäftsjahres von der Arbeitgeberin geleistet wird. Es liegt im Gutdünken der Arbeitgeberin, ob sie eine solche auszahlen will oder nicht. Lehre und Rechtsprechung nehmen an, dass eine Gratifikation nach dem Vertrauensprinzip als verbindlich vereinbart gilt und somit einen Lohnbestandteil bildet, wenn sie vorbehaltlos während mindestens dreier aufeinanderfolgender Jahre ausbezahlt worden ist. Vorbehaltlos bedeutet, dass die Arbeitgeberin bei der Auszahlung einer Gratifikation nicht schriftlich festhält, dass es sich um eine aus ihrer Sicht freiwillige und einmalige Zahlung handelt. Die Gratifikation (oder Bonus) hängt in der Regel mit dem Geschäftsgang zusammen und nicht so sehr mit den Überstunden, welche die einzelne Mitarbeiterin geleistet hat. Die Tatsache, dass Sie viele Überstunden leisten mussten, könnte auch mit Personalmangel zusammenhängen.

**Im Unterschied zum Job meiner Cousine habe ich in meinem Betrieb (ich arbeite in einer Branche mit Gesamtarbeitsvertrag) einen dreizehnten Monatslohn. Dieser wird immer im Dezember auf das Jahresende hin ausbezahlt. Ist der dreizehnte Monatslohn denn auch eine Gratifikation?**

**MARINA WYSS:** Nein, der dreizehnte Monatslohn ist nicht eine freiwillige Zahlung der Arbeitgeberin, sondern ein Lohnbestandteil, weil der Anspruch auf einen dreizehnten Monatslohn vertraglich bzw. in einem Gesamtarbeitsvertrag vereinbart wird. Wie der Begriff schon vermuten lässt, ist ein zusätzlicher Monatslohn geschuldet. Der dreizehnte Monatslohn gehört zu einem der typischen Vorteile, den die Gewerkschaften in einem Gesamtarbeitsvertrag zugunsten der Arbeitnehmenden aushandeln können. Achtung: Bei einem Bewerbungsgespräch wird häufig über den Monatslohn diskutiert. Fragen Sie immer nach, wie viel der Jahresbruttolohn beträgt. Es bewirkt einen Unterschied, ob der besprochene Monatslohn zwölf oder dreizehn Mal ausbezahlt wird.

Ausbeutung in Kambodscha oder Unterdrückung in El Salvador: Hier setzen die Projekte von Solidar Suisse an

# Solidarität weltweit – helfen Sie mit?

**Solidar Suisse setzt sich international für faire Arbeit ein und engagiert sich mit 80 Projekten auf fünf Kontinenten. Mit einer Spende können Sie Lebensumstände verbessern und gleichzeitig sinnvoll schenken.**

MARIA KÜNZLI

Der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und für mehr Solidarität hört nicht an der Landesgrenze auf – diese Überzeugung ist tief in der Geschichte der Unia verankert. Deshalb stellt work Ihnen in dieser Ausgabe fünf Engagements von Solidar Suisse vor:

**Mehr Bildungschancen für junge Menschen in Burkina Faso.** Obwohl sich im Bildungsbereich in den letzten Jahrzehnten manches getan hat, schliessen noch immer nur etwa die Hälfte der Kinder in Burkina Faso die Primarschule ab. Die Mehrheit der Bevölkerung kann weder lesen noch schreiben. Viele Kinder brechen die Schule ab, weil sie für ihre Familie Geld verdienen müssen. Doch ohne die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen, fehlt langfristig auch die Möglichkeit, sich aus der Armut zu befreien. Mit verschiedenen Massnahmen verbessert Solidar Suisse gemeinsam mit Partnerorganisationen vor Ort die Ernährungssicherheit auf dem Land und klärt Eltern und landwirtschaftliche Betriebe über die Probleme von Kinderarbeit auf. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern lernen in Kursen Rechnen, Schreiben und Buchhaltung, um ein eigenes kleines Geschäft zu führen. Daneben unterstützt Solidar Suisse den Aufbau eines zweisprachigen Schulsystems und fördert die Berufsbildung junger Menschen.

Mehr zum Projekt: [rebrand.ly/solidar-burkinafaso](http://rebrand.ly/solidar-burkinafaso)

**Bessere Arbeitsbedingungen für Textilarbeiterinnen in Kambodscha.** Günstige Kleider und Schuhe kommen oft aus Kambodscha. Das Land zwischen Thailand, Laos und Vietnam ist weltweit einer der wichtigsten Standorte für Textilproduktion. Doch die Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken sind oft miserabel: Die Löhne sind tief, die Arbeitszeiten lang und die Arbeitssicherheit selten gewährleistet. Damit sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wehren und zum Beispiel den Mindestlohn

einfordern können, müssen sie sich organisieren und ihre Rechte kennen. Deshalb unterstützt Solidar Suisse die unabhängige lokale Textilgewerkschaft C.CAWDU. Die Arbeiterinnen erhalten Rechts-hilfe, Kurse in Arbeitsrecht und werden beim Gang vor Gericht begleitet und beraten. Ausserdem lernen sie, wie sie die häufig miserablen Zustände in ihrer Fabrik besser dokumentieren – damit sie Missstände konkret belegen können und so bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern eine bessere Ausgangslage haben.

Mehr zum Projekt: [rebrand.ly/solidar-kambodscha](http://rebrand.ly/solidar-kambodscha)

**Berufliche Chancen für Jugendliche und Mütter in Bolivien.** Drei Viertel aller jungen Bolivianerinnen und Bolivianer arbeiten als Hausangestellte, im Strassenverkauf, auf dem Bau oder in der Landwirtschaft – ohne Arbeitsvertrag. Damit haben sie keinerlei berufliche Sicherheit und keine Veränderungsmöglichkeiten. Viele junge Menschen kennen sich auf dem Arbeitsmarkt zu wenig aus und kennen ihre Arbeitsrechte nicht. Deshalb organisiert Solidar Suisse Bewerbungstrainings und Kurse zu Marketing und Kundenorientierung und fördert die Gründung von wirtschaftlich tragfähigen Start-ups. Die Organisation unterstützt ausserdem junge Mütter, die ihre berufliche Karriere unterbrechen mussten und eine Chance für den Wiedereinstieg in die Berufswelt brauchen.

Mehr zum Projekt: [rebrand.ly/solidar-bolivien](http://rebrand.ly/solidar-bolivien)

**Keine Gefahr mehr durch Asbest.** Asbest ist hochgradig krebserregend – daran besteht längst kein Zweifel mehr. Deshalb ist die Verwendung dieses Baumaterials in der Schweiz seit 1990 verboten.

Doch immer noch wird Asbest in vielen Ländern ausserhalb Europas verwendet und gefährdet damit die Gesundheit von Millionen von Menschen. Solidar Suisse setzt sich deshalb für die Aufnahme von Asbest in die Liste der gefährlichen Chemikalien im Rotterdamer Übereinkommen ein und unterstützt nationale und internationale Netzwerke, die sich gegen den Einsatz von Asbest starkmachen. Zudem leistet die Organisation gemeinsam mit lokalen Partnern in Afrika Aufklärung zum Schutz von Bau- und Holzarbeitern.

Mehr zum Projekt: [rebrand.ly/solidar-asbest](http://rebrand.ly/solidar-asbest)

**Mehr Schutz und Rechte für Frauen in El Salvador.** Im zentralamerikanischen El Salvador wird alle 24 Stunden eine Frau von einem Mann ermordet – das ist eine der höchsten Femizidraten der Welt. Gründe dafür sind unter anderem die Bürgerkriegsvergangenheit und eine machistische Kultur. Seit der Coronapandemie hat sich das Problem ausserdem noch verschärft. Überhaupt haben Frauen in El Salvador besonders unter Diskriminierung und Ungleichbehandlung zu leiden. Es gilt ein absolutes Abtreibungsverbot, auch wenn das Leben der Frau bedroht ist. Viele Frauen sterben wegen illegal und unprofessionell durchgeführter Abtreibungen. Wer eine Frühgeburt erleidet, muss mit einer bis zu 30-jährigen Haftstrafe wegen angeblicher Tötung ungeborenen Lebens rechnen. Frauen haben – obwohl es entsprechende Gesetze gibt – schlechtere Bildungschancen und verdienen weniger als die Männer. Gemeinsam mit Partnerorganisationen vor Ort verbessert Solidar Suisse in ländlichen Gemeinden in Chalatenango für Frauen den Zugang zu Gesundheit, Bildung und Arbeit. Es gibt Selbstverteidigungskurse, eine Notfall-Hotline für Gewaltopfer und Programme, die Frauen den Zugang zu politischer Mitbestimmung erleichtern.

Mehr zum Projekt: [rebrand.ly/solidar-elsalvador](http://rebrand.ly/solidar-elsalvador) [www.solidar.ch](http://www.solidar.ch)



**GEWALTOPFER:** Rosa María Raxón wurde als Kind missbraucht und hat dank den Kursen einer Solidar-Suisse-Partnerorganisation ihr Selbstvertrauen zurückgewonnen. FOTO: ZWO/VICTORINO TEJAXÓN

## WORKTIPP

### SINNVOLL SCHENKEN

Spenden statt Geschenke kaufen? Eine gute Idee. Aber so ganz mit leeren Händen möchten Sie trotzdem nicht am Weihnachtsfest auftauchen? Vielleicht sind die Geschenkkarten von Solidar Suisse etwas für Sie: Eine Karte kostet 50 Franken, und Sie können auswählen, wofür die Spende eingesetzt und in wessen Namen gespendet werden soll. Zur Auswahl stehen zum Beispiel Frauenrechte, Klimagerechtigkeit, faire Arbeitsbedingungen oder Schulmaterial.

Hier geht's zu den Geschenkkarten: [rebrand.ly/solidar-geschenkkarte](http://rebrand.ly/solidar-geschenkkarte)



## iges rund um Weihnachten

## Die Grössten und Längsten: Mit Rekordverdächt

**Möchten Sie an der Weihnachtsfeier mit Spezialwissen zum Fest auftrumpfen? Wir haben ein paar weihnachtliche Rekorde für Sie.**

MARIA KÜNZLI

**Der grösste natürliche Weihnachtsbaum.** Der Rekord für den grössten gefällten Weihnachtsbaum der Welt ist schon über 70 Jahre alt: 1950 stand er im Northgate Shopping Center in Seattle, USA. Der 64.6 Meter hohen Douglasie mussten für den Transport die Äste abgesägt und, nachdem sie im Einkaufszentrum aufgestellt war, wieder befestigt werden. Im unteren Teil des Stammes wurden zusätzliche Äste angebracht, damit der Baum noch voller wirkte. Und was ist mit

dem berühmten Weihnachtsbaum am Rockefeller Center in New York? Dieser ist einer der bekanntesten und imposantesten Weihnachtsbäume der Welt. Aber nicht von der Grösse her: Er misst nämlich «nur» 25 Meter.

**Der grösste künstliche Weihnachtsbaum.** Rund 72 Meter hoch und 20 Meter breit ist er, der grösste künstliche Weihnachtsbaum, der es ins Guinness Buch der Rekorde geschafft hat. Er wurde am 24. Dezember 2016 in Colombo, Sri Lanka, aufgestellt.

**Der längste Weihnachtsstollen.** Der längste je in einem Stück gebackene Weihnachtsstollen – oder auch Christstollen genannt – war rund 72 Meter

lang. Er wurde am 10. Dezember 2020 von Lidl Niederlande hergestellt. Wissen Sie übrigens, warum der Weihnachtsstollen über und über mit Puderzucker eingedeckt ist und diese typische ovale Form hat? Form und Farbe sollen an das in Windeln eingepackte Christkind erinnern. Na, immer noch hungrig?

**Der längste Weihnachtslieder-Sing-Marathon.** Singen Sie gerne Weihnachtslieder, oder fühlen Sie sich beim Singen mit der Familie jeweils eher wie in einer unangenehmen Endlosschleife? Ewaoluwa Olatunji aus Nigeria singt leidenschaftlich gern. So gern, dass sie Ende Dezember 2023 einen Rekord im Dauersingen von Weihnachtsliedern auf-

stellte und es auf sagenhafte 31 Stunden am Stück brachte.

**Die längste Zeit, einen Weihnachtsbaum auf dem Kinn zu balancieren.** Wer schon mal etwas auf dem Kinn balanciert hat, weiss, wie schwierig das ist. David Rush aus Idaho in den USA hat es am 11. Dezember 2021 mit einem Weihnachtsbaum 90 Minuten und 5 Sekunden lang geschafft und damit einen Weltrekord aufgestellt. Laut eigenen Angaben hat er diesen Rekord erreicht, um die Menschen zu überzeugen, dass sie alles erreichen können, wenn sie nur hart genug arbeiten.

**Die grösste Versammlung von Weihnachtsmännern und -frauen.** Wie viele Weihnachtsmänner und -frauen können sich zu ei-

ZEWOSIEGEL

## ERST DER CHECK, DANN DIE SPENDE

Hilfsorganisationen und gemeinnützige Projekte gibt es wie Sand am Meer. In Städten wird man auf der Strasse angesprochen und um eine Spende gebeten, im Internet verliert man schnell die Übersicht: Welche Organisation ist wirklich seriös? Möchten Sie sicher sein, dass Ihre Spende auch wirklich dort ankommt, wo Hilfe benötigt wird, und nicht irgendwo in einem Verwaltungsapparat verschwindet? Achten Sie auf das Zewo-Gütesiegel. Nur wer die 21 Standards der Zewo erfüllt, wird mit dem Siegel ausgezeichnet. Die Zewo prüft und kontrolliert die zertifizierten Nonprofitorganisationen (NPO) regelmässig. Wer das Gütesiegel für sich beanspruchen will, wird genau unter die Lupe genommen und muss die Spenden zweckbestimmt, wirtschaftlich und wirksam einsetzen.

**UNTER DER LUPE.** Dabei müssen auch ethische Anforderungen erfüllt sein. Die NPO muss zum Beispiel ehrlich und offen kommunizieren und transparent über ihre Tätigkeiten informieren. Sie muss respektvoll agieren, die Menschenwürde achten und dort, wo Veränderung stattfinden soll, auf die gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten achten. Auch die administrativen Kosten müssen offengelegt werden. (mk)

Hier finden Sie alle 21 Standards: [rebrand.ly/zewo-standards](http://rebrand.ly/zewo-standards)



## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

## Fotobücher: Unterschiede bei Qualität und Preis

Wir haben die Bildqualität und die Gestaltungsmöglichkeiten von acht Fotobüchern verglichen.

Die Bildexperten prüften die Ergebnisse bei Portraits, Fotos von detailreichen Bergen, dunklen Wäldern und hellem Schnee sowie bei Fotos mit starken Kontrasten von bunten Häusern oder den feinen Farb-abstufungen eines Abendhimmels. Bei Ifolor und Cewe kamen die Fotos sehr nahe an die digitalen Originalbilder heran. Sie waren meist detailreich, zeigten weder zu viel noch zu wenig Kontrast und glänzten mit realistisch wirkenden Farben. Ifolor erhielt bei der Bildqualität die Note 5,2, Cewe 5,1. Fotoblizz (Note 4,3), Fotopost 24 und Fuji (beide Note 4,2) hatten besonders mit dunklen Sujets Mühe.



**IM TEST:** Wir sagen Ihnen, bei welchem Anbieter Sie am besten Ihr Fotobuch gestalten können. FOTO: PD

**VON NOTE 5,2 BIS UNGENÜGEND.** Neben der Druckqualität der Bilder verglichen wir auch, wie gut sich die Fotobücher am Computer gestalten lassen. Bei den meisten Herstellern können Sie das Buch direkt auf der Internetseite der Anbieter zusammenstellen. Bei Cewe und Ifolor lässt sich auch eine Software auf dem Computer installieren. Die hochgeladenen Fotos können Sie mit der Maus verschieben, kopieren oder zurechtschneiden, bis Sie mit dem Resultat zufrieden sind.

Bei Ifolor liess sich das Fotobuch im Test besonders einfach gestalten (Note 5,2). Dank Hilfslinien lassen sich die Bilder gut zentral positionieren oder an anderen Fotos ausrichten. Fügen Sie ein neues Foto hinzu, reklamiert das Programm sofort, wenn die Auflösung zu gering ist. Cewe erreichte bei der Bedienung nur die Note 4,3. Bei Fotoblizz war die Bedienung umständlich. Fügen Sie ein neues Foto ein, wird es automatisch so gross wie möglich dargestellt. Danach müssen Sie es mühsam wieder in die gewünschte Form bringen (Note 3,6). Auch bei Aldi sorgten unverständliche Symbole und mühsame Arbeitsschritte für die ungenügende Note 3,8, identisch wie bei My Photobook und bei Fotopost 24. MARC MAIR-NOACK

**Bei Ifolor liess sich das Fotobuch einfach gestalten, bei Fotoblizz war die Bedienung umständlich.**

## Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Was passiert mit den Überstunden?

**Ich bin Lernender und habe mehr als 15 Überstunden geleistet. Wie kann ich diese abbauen?**

«Es kann vorkommen, dass du als Lernender Überstunden machst. Du hast dabei die gleichen Rechte wie alle anderen Angestellten. Das bedeutet: Wenn du mehr als die vertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit arbeitest, müssen diese Stunden durch Freizeit oder durch Lohn mit einem Zuschlag von 25 Prozent ausgeglichen werden. Diese Regel gilt unter der Voraussetzung, dass die Überstunden von deinem Arbeitgeber beantragt oder akzeptiert wurden. Als Auszubildender bist du besonders geschützt: Die Überstunden dürfen deine Ausbildung nicht behindern, und

wenn du minderjährig bist, darfst du nicht mehr als neun Stunden pro Tag arbeiten. In deinem Fall ist der erste Schritt, die Angelegenheit mit deiner Ausbilderin zu besprechen. Erkläre deine Situation und schlage eine Regelung vor, wie du diese Stunden abbauen kannst. Wenn keine Einigung erzielt wird, kannst du das kantonale Amt für Berufsbildung oder eine Gewerkschaft um Unterstützung bitten.»

**Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin?** Schreib an [lehre@unia.ch](mailto:lehre@unia.ch).



**Félícia Fasel, Jugendsekretärin.**



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Cards: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m.  
www.reka.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 14  
Das Lösungswort lautete: LOHNERHOEHUNG

Z	C	S	A	O	H	S		
E	S	T	R	I	C	H	G	L
L	A	E	H	A	A	R	E	I
L	A	M	P	A	R	T	I	B
A	K	T	I	E	U	N	T	A
E	C	P	I	A	N	O	N	E
R	A	H	M	E	N	I	D	A
A	N	N	A	G	T	O	T	A
I	H	E	U	E	N	R	G	E
R	O	Y	A	L	I	H	U	B
V	O	N	S	S	C	H	A	M
M	F	L	U	C	H	H	U	M
A	R	I	E	H	S	A	F	E
N	T	R	O	E	S	C	H	L
H	E	R	Z	Z	U	B	A	U

DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Saverio Bonaccorso, Zuchwil SO. Herzlichen Glückwunsch!

Wein aus dem Piemont			nach allen Seiten	poet.: Biene	kl. Kühlschrank im Hotelzimmer			weibl. Märchengestalten	Rennbeginn	Autokz. Kanton Uri	fester Lehrsatz		span. Anrede: Herr		Gleitschienen aus Metall	madig	engl. Bier-sorten	dt. Vorsilbe
Forschung durch Erfahrung							8	Rätsel mit Zahlen							Hunde-laut in d. Kindersprache		6	
Frauenwäschestück			5	Schar-nierteil	Elementar-teilchen								gego-renes Milch-produkt		dt. Gross-stadt an d. Donau			
Staatsdienerin								Koch-utensil		alt Bun-desrat † 1977		scharfe Kurve						Radspei-chen-kranz
					Jäger-sprache: Köder			Hut-ränder							landwirt-schaftl. Geräte			Sport-fahrzeug (dt.)
Teil des Kopfes Mz.		Meer-riese der nord. Sage		Weih-nachts-baum-schmuck								Prü-fungen, Stich-proben		Irland in der Landes-sprache				
kleine Beschädigung							3	Mineral, Pech-kohle		persönl. Fürwort (3. Fall)		Zürcher Honig-gebäck						1
				hoher militär. Rang		Teile e. Kette								Teil des Fisch-skeletts			Nasal-laut	
frz.: Weihnachten	nach-träglich		Sicher-heits-garantie								ironisch-witzige Dar-stellung		mit Freude					9
kleiner Flugzeugtyp					Verpfle-gung, Ernäh-rung			Ferienort in Südtirol		Him-mels-körper						Leuchte aus Wachs		Dresch-platz
				schweiz. Dance-Musiker: DJ ...	Film-apparate								Entgelt f. Bühnen-künstler		Auto-abgas-entgifter (Kw.)			
Treffer b. Fussball		bewer-ten (Schule)								Norm-zahl b. Golf		Klatsch, Ge-schwätz						7
nord. Gott					ital. Artikel			kurzer engl. Gruss		See-räuber						Jupiter-mond		männl. Fürwort
schweiz. Fussballer (Brel)		einer der Heiligen Drei Könige											knau-ern					
						modern, populär				Buss-berreit-schaft				norweg. Münze				

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

Lösungswort einsenden an: work, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch  
Einsendeschluss 16. Januar 2025

INSERAT

# Neues Jahr, neues Wissen: Bilde dich weiter mit der Unia!

Sei es gewerkschaftlich, beruflich oder sprachlich:  
Wir unterstützen deine Bildung finanziell.



Melde dich jetzt für die neuen Kurse an.



UNIA

**WORKLESERFOTO**



**Advent, Advent**

**WANN** 3. Dezember 2024  
**WO** Berner Altstadt  
**WAS** Dicht gedrängt ist alles in der Adventszeit in Bern  
 Eingesandt von Alfred Winkler, Burgdorf BE

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «Leserfoto»

**WORKPOST**



**WORK 14 / 28.11.2024: ZALANDO-ZULIEFERER SCHAFFT SCHWANGERE Vors Gericht!**

Mit dieser Firma muss man direkt vors Arbeitsgericht ziehen. Meistens gibt es in solchen Betrieben noch weitere Schwachstellen zu bemängeln wie zum Beispiel die Einhaltung von Pausen und Ruhezeiten. Das alles muss aufgedeckt werden.

SWISSRIFF, VIA TIKTOK

**Auch bei mir**

Das ist leider überall so! Auch mir wurde gekündigt. Und zwar nach einer Fehlgeburt. In der Probezeit können sie dich einfach rauskicken und irgendeinen Grund erfinden. Dagegen kann man leider nichts machen.

LINDAGAGICA, VIA TIKTOK

**Nur Profit zählt**

Wen verwundert das? Alle Firmen sind auf Profit aus und folgen ihren eigenen Zielen, der Mitarbeiter ist

nur Mittel zum Zweck. Das Interesse am Arbeitnehmerwohl wird nur gegen aussen vorgespielt. Das ist leider die Realität.

OPFER600, VIA TIKTOK

**Wie Sklaven!**

Ich habe selber in dieser Firma gearbeitet, aber nur eine Sommersaison lang. Die Frauen dort taten mir leid, sie arbeiten wie Sklaven. Nur weil ich wusste, dass ich nicht lange bleibe, war die Situation für mich nicht so schlimm.

FERRO IOQKA, VIA TIKTOK

**WORKZEITUNG.CH / 5.12.2024: SVP-NATIONALRÄTIN WILL DAS ARZTGEHEIMNIS ABSCHAFFEN**

**Rückschritt**

Diktatoren sind auf dem Vormarsch. Was bildet sich Frau Gutjahr eigentlich ein? Das wären ja gut 200 Jahre Rückschritt. Damals konnten die Arbeitgeber über Leben und Tod der Arbeitenden entscheiden.

FRITZ NYFFENEGGER, VIA FACEBOOK

**IQ-Test**

Bleibt zu hoffen, dass das Arztgeheimnis bestehen bleibt. Es könnte ja sein, dass der IQ-Test von Frau Gutjahr öffentlich zugänglich wird. Ich halte mich mit meiner Meinung gegenüber dieser Frau zurück. Ich will ja kein Verfahren riskieren!

WILLY HONEGGER, VIA FACEBOOK

**Zeigt sie auch ihre Akte?**

Diana Gutjahr ist so etwas von abgehoben. Dürfen denn ihre Angestellten auch ihre Krankenakte einsehen? Wenn sie so wenig Vertrauen zu ihren Angestellten hat, kann sie diese ja zu einem Vertrauensarzt schicken, sofern dieser nicht von ihr bezahlt ist.

DANIELA H., VIA LINKEDIN

**WORK 14 / 28.11.2024: WER EINSPRINGT, BEKOMMT MEHR LOHN**

**Negativ für das Privatleben**

Das ist eine Möglichkeit, um wenigstens auf Seiten des Personals die Situation erträglicher zu machen. Den negativen Einfluss auf das Privatleben durch die variablen Arbeitszeiten können sich Menschen ausserhalb der Branche nicht vorstellen. Das ist auch ein Grund, wieso viele FaGe ihr Pensum reduzieren: etwas zur Gesellschaft kompatible Arbeitszeiten. Das ist aber mit monetärem Verlust verbunden, was wiederum neue Probleme schafft!

BARNEY RUMBLE, VIA FACEBOOK

**Gutes Beispiel**

Es geht noch besser: Jeden Tag, den wir einspringen, können wir entscheiden, ob die Stunden auf den Stundensaldo gehen oder ob wir diese ausbezahlt haben wollen!

SANDRA SCHMIED, VIA FACEBOOK

**WORKZEITUNG.CH, 27.11.2024: FRAUEN WERDEN MONATLICH UM 1453 FRANKEN GEPRELLT**

**Aufstehen!**

Die Gleichstellung zwischen Frau und Mann, die vom Parlament 2019 verabschiedete Revision des Bundesgesetzes, hat noch nie gegriffen. Solange wir Frauen immer noch als das schwache Geschlecht bezeichnet werden und wir nicht endlich aufstehen und ganz klar sagen, was wir wollen, wird sich auch nichts ändern. Fragt euch einmal, wieso zum Beispiel bei Verkäuferinnen, Pflegerinnen, Gärtnerinnen, Haushaltshilfen und Lehrerinnen, um nur einige zu nennen, die Löhne so tief sind. Wir dürfen das nicht mehr so hinnehmen und müssen uns wehren. Die tieferen Löhne der Frauen wirken sich logischerweise auch auf die AHV und die Pensionskassen aus. Je weniger man verdient, umso weniger hat man bei der Pensionierung. Da gibt es nur noch eine Lösung: Steht auf und wehrt euch.

FRANZISKA HULLIGER, VIA WORKZEITUNG.CH

**Schreiben Sie uns**

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**



**MIGUEL VIEIRA  
FAMILIE  
UND SPORT**

Jeden Morgen weckt Miguel Vieira seine achtjährige Tochter, isst mit ihr Frühstück und schickt sie in die Schule. Wenn er nicht arbeitet, kommt sie am Mittag nach Hause, sonst isst sie am Mittagstisch der Schule. Am Nachmittag übernimmt Vieiras Partnerin die Betreuung. Auch sie arbeitet im Gastgewerbe: Als Frühstückschefin in einem Zermatter Hotel muss sie morgens früh raus, dafür hat sie um 15 Uhr Feierabend.

**AKTIV.** In der Freizeit fährt Vieira gern Velo, geht joggen oder mit der Tochter Schlittschuh laufen. «Wir müssen immer etwas machen», sagt er. «Nur arbeiten und zu Hause sitzen, das passt uns nicht.» Sein Monatslohn als Kellner beträgt 5300 Franken brutto, davon sind 275 Franken Kinderzulage. Seit mehr als zehn Jahren ist er Unia-Mitglied. «Weil wir zusammen stärker sind als jeder für sich. Und weil mir hier jemand Auskunft gibt, was rechtens ist und was nicht.»



**TÄGLICHE AUSSICHT:** Miguel Vieira ist am Meer aufgewachsen, heute lebt er in der Walliser Bergwelt und bringt Touristinnen und Touristen das Skifahren bei.

## Miguel Vieira (53): Vom Fischerbub zum Skilehrer «Ich konnte kaum schlafen vor Aufregung»

**Erst hatte er vom Skifahren keine Ahnung. Doch nach einem Tag auf der Piste wollte Miguel Vieira gar nicht mehr aufhören. Heute hat er sein Hobby zum Beruf gemacht – zumindest im Winter.**

CHRISTIAN EGG | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Was sind das für Dinger, die die Leute auf der Schulter tragen? Der junge Miguel Vieira, frisch in Zermatt VS angekommen, hat noch nie im Leben Ski gesehen. Wie auch? Er ist am Meer aufgewachsen, an der portugiesischen Küste. Seine Eltern sind zuerst Fischer, später führen sie ein Restaurant. Mit 18 Jahren will Vieira die Welt sehen. Schwester und Bruder arbeiten bereits in Zermatt, er reist ihnen nach und beginnt in einem Hotel als Tellerwäscher.

Der Bruder erklärt ihm, was Skifahren ist. «Willst du mal probieren?» Klar will Miguel. Und wird den Tag nie vergessen. «Schon vom ersten Moment an war ich begeistert», sagt er zu work. Obwohl das Er-

lebnis 35 Jahre zurückliegt, strahlt er übers ganze Gesicht. Die Berge, die Freiheit, die Geschwindigkeit – beim Skifahren stimme einfach alles. «Schau die Leute an, die am Fahren sind – die haben immer ein grosses Lachen im Gesicht.» Sogar an die Nacht nach dem ersten Tag erinnert er sich. «Ich konnte kaum einschlafen. Ständig habe ich mir vorgestellt, wie ich auf Ski den Hang runtersaue.» Von da an sei er jede freie Minute auf der Piste gewesen.

**SPRACHTALENT.** Er wechselt mehrmals die Stelle, zieht in Europa umher, arbeitet auf einem Kreuzfahrtschiff in der Karibik. Heute spricht er sechs Sprachen. Doch immer wieder kehrt er nach Zermatt zurück. Und fährt Ski. Immer besser. So mit 30, sagt er, habe er gemerkt: Er will nicht sein Leben lang nur Kellner sein. «Da dachte ich, Kellner im Sommer, Skilehrer im Winter – ich probier mal, ob das geht.»

Es geht. Seit zehn Jahren ist er brevetierter Skilehrer an der Zermatter Ski-

schule Prato Borni. Kurz vor Weihnachten beginnt die Saison, kurz vor Ostern ist Schluss. Den Rest des Jahres arbeitet Vieira als Kellner im Restaurant Old Zermatt. Dass er seinen Plan umsetzen konnte, sei «ein Traum», sagt er. So kann er täglich auf die Piste und wird erst noch dafür bezahlt.

Die Schule gibt nur Privatunterricht, für eine bis maximal vier Personen. Mittlerweile hat Vieira Stammgäste: «Viele Familien kommen fast jeden Winter, dann wollen sie mit mir fahren.» Der Kontakt mit den Menschen sei es auch, was ihm am Beruf am besten gefalle: «Alle, ob Kinder oder Erwachsene, freuen sich. Weil sie etwas erleben, was sie den Rest des Jahres nicht können. Diese Freude zu sehen – was willst du mehr?»

**KNAPP.** Um seinen Traum zu leben, nimmt er auch ein tieferes Einkommen in Kauf. Zwar liegt sein Stundenlohn, Ferien- und Feiertagsentschädigung eingerechnet, bei 38 Franken. Aber an vielen Tagen unterrichtet er nur zwei bis vier Stunden. Er

rechnet vor: «Wenn ich in einem Monat hundert Stunden mache, gibt das 3800 Franken brutto. Das reicht gerade noch. Bei weniger wird es knapp. Und die Rechnungen kommen das ganze Jahr!»

Damit das Familienbudget im Gleichgewicht bleibt, kellnert er auch im Winter weiter, an drei bis vier Abenden pro Woche. Auf die Frage, ob es nicht stressig sei, die beiden Berufe und das Familienleben unter einen Hut zu bringen, lacht Vieira und sagt: «Überhaupt nicht. Stress wäre ein Winter ohne Skifahren!»

**CHEF.** Was ihm allerdings zu denken gibt: Wie ihn die Menschen unterschiedlich behandeln, abhängig vom Beruf, den er gerade ausübt. «Im Service sind wir nur die, die den Teller bringen. Aus Sicht der Gäste sind wir keine Menschen.» Ganz anders als Skilehrer: «Wenn ich in der Jacke vor den Gästen stehe, dann hören sie mir zu. Sie schauen mir in die Augen und nehmen sich Zeit. Auf der Piste bin ich der Chef.»

Zermatt habe sich enorm verändert, seit er 1989 hier angekommen sei, sagt er: «Damals gab es hier im Dorf viele Bäume und Grünflächen. Heute ist alles verbaut.» Auch die Arbeit im Service sei anstrengender geworden, weil der Strom der Gäste, vor allem aus asiatischen Ländern, immer grösser werde und nie nachlasse: «Das ganze Jahr ist Rambazamba. Es gibt keine Zwischensaison mehr.»

Gelitten habe auch die Qualität des Erlebnisses, findet er. Bei vielen Reisegruppen müsse es schnell gehen, sie könnten nicht einmal ihr Essen geniessen: «Sie reisen von Paris an und essen hier eine Pizza. Schnell ein Foto, schon müssen sie wieder auf den Zug und weiter nach Florenz.» Vieira schüttelt den Kopf und sagt: «Nur damit sie sagen können: Ich war in Zermatt.»

**GLÜCK.** Für Menschen wie ihn, die hier arbeiteten, komme dazu: «Du findest hier sehr leicht einen Job. Aber fast nie eine bezahlbare Wohnung.» Viele wohnten ausserhalb und pendelten per Zug ins autofreie Zermatt. Er auch? Vieira grinst und verneint. In der Zeit, als er und seine Partnerin sich entschieden zusammenzuziehen, habe er beim Einkaufen eine Frau gesehen, die eins dieser Kleininserate aufgehängt: «Wohnung zu vermieten, stand darauf. Ich habe die Karte genommen und gleich angerufen, so habe ich die Wohnung bekommen.» Er ist sicher: Hätte er das Inserat nur zehn Minuten später gesehen, wäre die günstige Wohnung schon weg gewesen. «Ich hatte einfach Glück. Einmal mehr.»

**Sozialabbauer? Lohndumper?  
Jobvernichter? work nennt die Namen.  
Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

**Für nur Fr. 36.– im Jahr  
jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031.350.24.18. E-Mail Verlag [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch). E-Mail Redaktion [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch). Internet [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch). Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), [annesophie.zbinden@workzeitung.ch](mailto:annesophie.zbinden@workzeitung.ch); Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), [jonaskomposch@workzeitung.ch](mailto:jonaskomposch@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Darja Knežević, [darijaknezevic@workzeitung.ch](mailto:darijaknezevic@workzeitung.ch); Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), [parzivalmeister@workzeitung.ch](mailto:parzivalmeister@workzeitung.ch); Julia Neukomm, [julianeukomm@workzeitung.ch](mailto:julianeukomm@workzeitung.ch); Iwan Schauwecker, [iwanschauwecker@workzeitung.ch](mailto:iwanschauwecker@workzeitung.ch). Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Claudio Carrer, Oliver Fahrni, David Gallusser, Laura Gonzalez, Sandra Künzi, Maria Künzli, Clemens Studer, Jean Ziegler. Gestaltung/Layout Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Silvia Aeschbach, [silviaaeschbach@workzeitung.ch](mailto:silviaaeschbach@workzeitung.ch). Korrektorat Urs Remund, [ursremund@workzeitung.ch](mailto:ursremund@workzeitung.ch); Andrea Leuthold. Sekretariat Fabienne Jalilly, [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch). Anzeigenmarketing Fabienne Jalilly, Telefon 031.350.24.18, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch). Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350.24.18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch). Auflage 60.488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.